

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Verlag: Siedler-Verlag, Berlin S 14, Wallstr. 48

Abonnementpreis d. Post vierteljährlich 3.— M.R., d. die Post 3,00 M.R., Einzel-Nr. 50 Hg. Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Hg.



Verantwortlich für den Inhalt: Felix Limberg, Essen. Druck: H. Handmann & Co., Bochum. Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Wemmelhauser Straße 38-42

Telefon-Nummern: 4300, 4361 Telegramm: Arbeiterbund-Bochum

Kaliwirtschaft.

(Schluß.)

V. Auf dem Wege zum Montantrust.

Die nationalen, auf die Zusammenfassung einer Industrie oder eines Gewerbes sich beschränkende Verkaufsorganisationen der Unternehmer haben nur noch bedingten Wert. Ihre Geltung ist vorüber. Internationale, mehrere Industrie- oder Gewerbebezweige umfassende Organisationen sind im Ausland oder auch bereits zur Tatsache geworden.

Zu ihrer Organisationsentwicklung bietet die Kaliindustrie auch ein typisches Beispiel für den Weg der Industrie von der losen Konvention bis zum internationalen Trust. Der jetzige Stand der internationalen Abmachungen in der Kaliindustrie ist für die Gesamtwirtschaft äußerst bemerkenswert. Noch vor einigen Jahren gab es Unternehmer in der Kaliindustrie, die da glaubten, die französische Kaliindustrie vollständig niederkontrollieren zu können. Die Auffassung auch darüber hat sich bei diesen Unternehmern grundlegend verändert. Im Jahre 1925 ist es erstmalig zum Abschluß eines provisorischen und 1926 zum Abschluß eines endgültigen Vertrages zwischen der deutschen und der französischen Kaliindustrie gekommen. Der Vertrag ist auf die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen. Er umfaßt in seinen Hauptpunkten die Kontingentierung des Absatzes, die Preisfrage und die Gründungswirtschaft. Der Vertrag ist in der Tagespresse genügend besprochen. Wir brauchen deshalb auf seine Einzelheiten nicht näher einzugehen. Mit der endgültigen Verständigung der deutschen mit der französischen Kaliindustrie ist ein bestimmter Entwicklungsweg der internationalen Kaliindustrie abgeschlossen. Es will nichts besagen, wenn Polen und Spanien mit ihren verschwindend geringen Vorkommen heute noch außerhalb des internationalen Kalitrustes stehen. Beide Länder sind nicht imstande, auch nur mit annähernd niedrigen Gesteinskosten zu produzieren, wie es Deutschland und Frankreich tun können. Außerdem dürften die geringen Fördermengen — und das trifft ganz besonders für Polen zu — auch nicht im entferntesten zur Deckung des Bedarfs im eigenen Lande ausreichen. Der de facto bestehende Kalitrust hat es nicht einmal nötig, diesen Überunternehmungen in Polen und Spanien mit Kampfpreisen gegenüberzutreten. Würde er das dennoch tun, dann würde mit den Kaliunternehmungen in Polen wie auch in Spanien sehr bald Schluß sein. Weder Polen noch Spanien bieten für die Absatzverhältnisse auf dem Weltmarkt den geringsten Grund zur Beunruhigung — im Gegenteil: sie können mit ihren hohen Gesteinskosten für den Kalitrust als Verursacher für die Begründung hoher Preise benutzt werden. Heute oder morgen könnten sie gezwungen werden, dem Trust beizutreten. Das liegt gegenwärtig nicht im Interesse der deutsch-französischen Kaliunternehmer. Man braucht sich nicht als gleichberechtigte Mitglieder. Es ist ferner gar kein Gedanke daran, daß die russische Fabrikation aus Sonnenblumenstengeln oder die amerikanische aus Seetang jemals für die Bedrohung des Absatzes oder in der Preisfrage eine Rolle spielen könnten. Es kommen einmal nur geringe Mengen in Frage und dann sind auch die Gesteinskosten derart hoch, daß beispielsweise Amerika es aufgegeben hat, diese Industrien weiter auszubauen. Es kann also ruhig gesagt werden, daß der deutsch-französische Kalitrust nach der im Jahre 1926 herbeigeführten endgültigen Verständigung alleiniger Beherrscher des Kalimarktes in der Welt ist.

Zu Ausland, besonders in Amerika, erheben sich jetzt schon Stimmen gegen die Politik des Kalitrustes. Beispielsweise soll die amerikanische Regierung sowohl gegen das deutsche Kalisyndikat wie auch gegen die französischen Kaliverkaufsorganisationen Klage wegen Verletzung der amerikanischen Antitrustgesetze angehängt haben. Das ist immerhin sehr interessant. Amerika sperrt sich gegen die Einfuhr deutscher Waren mit Prohibitivzöllen hermetisch ab. Es ist streng darauf bedacht, seine Märkte von ausländischen Waren, die es im eigenen Lande erzeugen kann, frei zu halten. Seine ungeheuren Rohstoffquellen (Kupfer, Eisen, Kohle, Baumwolle usw.) gestatten ihm, zum Teil fast ausschließlich, die Bestimmung der Weltmarktpreise für eine Anzahl wichtiger Rohstoffe. Amerika also hätte am allerwenigsten Grund dazu, über die Bildung des Kalitrustes in Europa und die damit verbundene Ausschaltung der Konkurrenz auf den Weltmärkten in Amerika sich aufzuregen. Wir sind auch davon überzeugt, daß die amerikanischen Kapitalisten, wenn sie die alleinigen Beherrscher des Kalimarktes wären, das der übrigen Welt mindestens ebenso fühlbar merken lassen würden, wie es die deutsch-französischen Kaliunternehmer jetzt tun.

In Wirklichkeit dürfte auch der Streit zwischen der amerikanischen Regierung und der deutsch-französischen Kaliindustrie auf andere Ursachen zurückzuführen sein. Das im Jahre 1910 verabschiedete Kaligesetz richtete sich nicht nur gegen Schmidtman, sondern auch gegen die unter amerikanischer Finanzherrschaft stehende Kaliwerke des Kalikonzerns Einigkeit. Durch die Ueberwindungswirtschaft ist mengenmäßig die Beteiligung der Einigkeitwerke am Absatz so weit zurückgegangen, daß eine einigermaßen rationelle Ausnutzung des Betriebes mit der geringen Beteiligung nicht mehr möglich ist. Das amerikanische Kapital, welches seit Jahrzehnten in der Kaliindustrie in gewissem Umfange investiert war, ist einseitig vollständig herausgedrängt worden. Amerika ist der größte ausländische Kaliabnehmer. Es leidet an einem Kapitalüberangebot. Das deutsche Kalisyndikat hat im Jahre 1921 eine Anleihe aufgenommen, und zwar nicht in Amerika, sondern in England. Die erste Tat des neugegründeten deutsch-französischen Kalitrustes war eine zehnprozentige Kalipreiserhöhung. Das sind nur einige Dinge, die die besonders „freundschaftliche“ Einstellung der amerikanischen Regierung gegen den Kalitrust erklärlich erscheinen lassen. Ob es nötig war, so aggressiv gegen Amerika vorzugehen und mit diesen Mitteln den besten ausländischen Kunden des Kalisyndikats zu behandeln, erscheint uns mindestens sehr zweifelhaft.

Im einzelnen wird von den gesetzgebenden Körperschaften noch zu prüfen sein, wie weit das Reichswirtschaftsministerium vor dem Recht der Ausnahmewirtschaft nach § 92 Ziffer 2 der Durchführungsbestimmungen zum Kaliwirtschaftsgesetz Gebrauch ge-

macht hat. Es war der ausgesprochene Wille des Gesetzgebers, die inländischen Abnehmer unter keinen Umständen mit höheren Preisen zu belasten als die ausländischen. Aufgabe des Reichstages wird es sein müssen, Anstalt über das Verhältnis der Inlandpreise zu den Auslandspreisen einzuholen. Es darf nicht vergessen werden, daß gerade das ein Argument der Unternehmer für die Erlangung des Kaligesetzes gewesen ist. Selbst die Haltung der Vertreter der Landwirtschaft im Reichskalivert, die ihren Abnehmern die Kalipreise für einzelne Sorten bis zu 27 Prozent erhöht, aber eine Erhöhung der Preise für Auslandsmärkte nicht vorgegeben haben, kann kein Grund sein, die inländische Landwirtschaft höher als die ausländische zu belasten. Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, ob auch das Reichswirtschaftsministerium auf dem Standpunkte steht: hohe Inlandspreise und niedrige Auslandspreise. Die politischen Auswirkungen sind für das ganze deutsche Volk von außerordentlicher Bedeutung. Reichslandbund und Kaliindustrie setzen für die inländische Landwirtschaft niedrige Betriebsmittelkosten fest. Die ausländische Landwirtschaft wird in den Stand gesetzt, mit Hilfe billigerer deutscher Düngemittel Lebensmittel billiger in Deutschland anbieten zu können. Reichslandbund und Kaliindustrie verlangen dann zur Abwehr der billigeren Lebensmittel aus dem Ausland — höhere Löhle, eine gegenseitige Preistreibelei auf Kosten der Lebenshaltung des deutschen Volkes.

Bei der letzten Kalipreiserhöhung im Dezember 1926 ist die am wenigsten gangbare Sorte, das Karnallit, um 27 Prozent im Preise erhöht. Es sind verschwindend geringe Mengen Karnallit, die abgesetzt werden. Die Einnahme des Syndikats aus dem Karnallitverkauf ist im Verhältnis zu der Gesamtannahme des Syndikats eine Bagatelle. Und dennoch die Erhöhung um 27 Prozent? — Aus Karnallit kann man hochprozentige Kalifalze fabrizieren. Die Farben-F.G., welche sich, soweit die Düngersfabrikation in Betracht kommt, bisher fast ausschließlich mit der Herstellung und dem Verkauf von Stickstoff beschäftigte, hat vor mehreren Monaten einen neuen Mißdünger in den Handel gebracht. Nitrophoska soll 51 Prozent Kaligehalt, außerdem Stickstoff und Phosphat in einem der Pflanzen am besten bekömmlichen Prozentsatz enthalten. Bisher mußte der Landwirt Stickstoff, Phosphat und Kali streuen, und zwar jede Sorte besonders. Die Düngung beanspruchte also eine dreimalige Arbeitsleistung. Es ist also zu erwarten, daß die Landwirtschaft, wenn sie einen vollwertigen Mißdünger erhält, diesen beziehen und der dreimaligen Arbeitsleistung durch Verwendung des Mißdüngers die einmalige vorziehen wird. Die Farben-F.G. konnte auf den Bezug hochprozentiger Kalifalze vom Kalisyndikat verzichten. Sie konnte Karnallit vom Kalisyndikat beziehen und mit diesem die 51 Prozent Kaligehalt in Nitrophoska selbst herstellen. Damit wäre die direkte Verbindung des Kalisyndikats mit der Landwirtschaft, wenn man mit der Wahrscheinlichkeit des Uebergangs von einzelnen Düngemitteln zu Mißdüngern rechnet, unterbrochen. Mit der Karnallitpreiserhöhung um 27 Prozent hat das Kalisyndikat dem Bestreben der Farben-F.G., den gesamten Düngerhandel an sich zu reißen, zunächst einen Niesegel vorgegeben. Diese Tat war eine ausgesprochene Kampfmaßnahme des Kalisyndikats gegen die Farben-F.G.

Von diesem Gesichtswinkel aus ist auch das Bestreben, nunmehr selbst Mißdünger herzustellen, zu verstehen. Die Kaliindustrie fühlt den Druck der Farben-F.G. auf sich lasten. Zunächst ist die Farben-F.G., soweit es sich um den Bezug von Kalifalzen handelt, auf das Kalisyndikat angewiesen. Als wichtigster Schutzwall steht heute noch das Kaliwirtschaftsgesetz vor dem Kalisyndikat. Seine Beseitigung müßte die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Richtung zum Düngetrust ungehemmt beschleunigen. Es muß nachgeprüft werden, ob das heutige Kaliwirtschaftsgesetz die weitere wirtschaftliche Entwicklung hemmt. Bei der Nachprüfung können weder die Familienprivile-

gien der Kaliindustriellen, noch die Erhaltung des heute bestehenden Privatmonopols irgendwelche Berücksichtigung finden.

Die im vorigen Jahre zwischen der Farben-F.G. und dem Kalisyndikat stattgefundenen Verhandlungen sind nach einigen Briefmeldungen ergebnislos verlaufen. Selbsthörer wollen sogar erfahren haben, daß die Verhandlungen gescheitert sind. Das letztere erscheint wahrscheinlich. Wie das Kalisyndikat, so wird auch die Kohlen- und Eisenindustrie von der Farben-F.G. bedrängt. Die Ammoniakvereinigung und der aus dem Ammoniak gewonnene Stickstoffdünger der Kohlenindustrie ist sehr gewinnbringend. Auch die Eisenindustrie kann auf den Verkauf der phosphathaltigen Nebenzeugnisse nicht verzichten. Die Gründung einer Mißdüngersfabrik in Kassel mit der Beteiligung einflussreicher Unternehmer aus der Kohlen-, Eisen- und Kaliindustrie ist eine Prohibitivmaßnahme gegen das Vordringen der Farben-F.G. Zunächst hat der Vorstand der Farben-F.G. bei einer Anzahl Unternehmer der drei großen Industrien: Kohlen, Eisen und Kali, den Zusammenschluß derselben zur Folge gehabt. Die Gründung des Konkurrenzunternehmens in Kassel ist wiederum nur als eine Kampfmaßnahme gegen die Farben-F.G. gedacht. Die Entwertung der Dinge ist uns aus der Vergangenheit bekannt. Wenn auch das Bestreben der Farben-F.G., alleiniger Beherrscher des gesamten Düngemarktes zu werden, vorhanden ist, so ist doch mit der Wahrscheinlichkeit des Zusammenschlusses der vier starken Säulen der deutschen Wirtschaft in absehbarer Zeit zu rechnen. Chemie, Eisen, Kohle, Kali werden sich über die Verteilung der Macht in der deutschen Wirtschaft früher oder später verständigen.

Einstweilen aber tobt der unsichtbare Kampf um die Macht oder um den Grad der Macht der einzelnen Industrie. Diesem Machtkampf werden Anstrengungen geopfert. Seitens der Arbeiter die Löhne niedrig und die Arbeitszeit lang gehalten, die Preise unerbittlich in die Höhe getrieben, d. h. diesen Machtkampf soll das deutsche Volk mit hohen Preisen bzw. die Arbeiterschaft mit niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit bezahlen.

Der Generaldirektor der Berliner Handelsgesellschaft, Karl Fürstenberg, erklärte einmal in einer Sitzung: „Die Dividende ist der Teil des Gewinns, der beim besten Willen nicht mehr verfleischt werden kann.“ Wer sich einmal die veröffentlichten Bilanzen der Kaliwerke bzw. -konzerne etwas näher ansieht, wird das ohne weiteres bestätigen finden. Die Kaliindustrie hat Hunderte von Millionen Mark in Obligationen in der Vorzugszeit aufgenommen. Die Obligationenscheinnehmer, meistens kleine Sparer, Leute aus dem Mittelstand, denen man die Mißbilligung der in Kaliobligationen angelegten Gelder vorgegaukelt hatte, haben durch die Inflation alles verloren. Mit ihren Geldern sind eine Anzahl Werke erbaut oder vorwiegend erbaut. Auf ihr Anlagekapital, das durch die Inflation gründlich abgedrückt ist, scheinen heute die Unternehmer der Kaliwerke und -konzerne noch ab. Auf das so zustande gekommene und noch bestehende Anlagekapital wird der Prozentfuß der Dividende berechnet, also der Gewinn, der sich nicht mehr verfleischen läßt. Dieser beträgt bei mindestens vier Fünfteln der Kaliwerke 10 bis 12 Prozent, wobei zu berücksichtigen ist, daß eine große Anzahl stillgelegter Werke nach dem famosen Zusammenlegungsplan in der Kaliindustrie und bei Umrechnung der 10- bis 12prozentigen Dividende nach dem Schlüssel des wirklich eingezahlten Kapitals auf Jahre hinaus eine Verzinsung seines vollständig arbeitsfreien Kapitals von 20 Prozent und darüber bezieht!

Die Kaliindustrie braucht Geld. Geld zur Unterhaltung der zahllosen Schmaroyer und Parasten, die nichts, aber auch gar nichts für die deutsche Wirtschaft leisten. Unter der Führung von Winterhald und Burkard sind diesen Konzernen Tausende von Werken „einverteilt“. Den Jurpatoren von gestern graut jedoch heute schon vor den Jurpatoren von morgen. Sie brauchen Geld zur Führung ihrer Machtkämpfe, wie sie in der Vergangenheit Hunderte von Millionen diesem Zwecke geopfert haben. Dieser Industrie mußten die Interessen der Sparer, Anleihen- und Obligationenscheinnehmer geopfert werden. Irgendwie müssen die Kalipreise in die Höhe getrieben und den kleinen Landwirten die Produktionsmittel verteuert werden. Irgendwie müssen die Arbeiter mit Hungerlöhnen abgebeißt werden und bis zu zwölf Stunden pro Tag schuftet.

Der Kampf um die Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Dieser Kampf, der von Bedeutung ist weit über das Revier hinaus, zieht immer weitere Kreise und erweckt bei der Kameradschaft im Revier das lebhafteste Interesse. Solche Versammlungen, wie sie am 10. April in Hohenmölsen, Lützenau, Rositz und Meuselwitz stattfanden, hat das Revier lange nicht mehr gesehen. Die Kameraden Reichstagsabgeordneten Becker und Limberg sprachen über die Arbeitszeitfrage mit besonderer Berücksichtigung des bekannten Gutachtens. Zu vielen Tausenden waren die Kameraden zu den Versammlungen gekommen. In Hohenmölsen kamen an 2000 amarriviert. Im Saal, der 700-800 Personen faßt, konnte die Versammlung nicht stattfinden, sie mußte in den Garten verlegt werden. Nach dem Referat sprachen zwei Kommunisten, ein Verbandsmitglied und Sachverständige. Wenn sie es auch an Vorwürfen gegen die „Arbeitsgemeinschaft“ usw. nicht fehlen ließen, so hielten sie sich doch im allgemeinen in gewissen Grenzen, so daß ihre Reden abtönen von dem sonst üblichen Schimpfen. Dem Referenten war es ein Leichtes, unrichtige Behauptungen zu widerlegen, den Hauptton legten beide Redner auf die Mahnung, allen Streit beiseite zu lassen und nur den Kampf für die Bewegung, die Untereinstimmungsammlung, die Stärkung des Verbandes zu führen, damit in absehbarer Zeit eine wirkliche, erhebliche Arbeitszeitverkürzung für das Revier erkämpft werde.

In Hohenmölsen schloß sich an die Versammlung ein prächtiger Demonstrationsszug mit zwei Kapellen, 100 Radfahrern usw. Auch in Rositz fand ein solcher Umzug statt. In Lützenau und Meuselwitz mußte man nachmittags auf eine solche Demonstration des Regens wegen verzichten. In Telegrammen an den Reichs-

arbeitsminister wurde der entscheidende Protest gegen das Gutachten und seine Vorablage zum Ausdruck gebracht und der entschiedene Wille der Kameraden zum Kampf für den Achtstundentag festgestellt. Wir hoffen, daß die Sammlung von Unterschriften unter die Erklärung für die Achtstundentag, die vom 11. bis 18. April stattfand, ein Ergebnis hat, das endlich dem Märchen der Unternehmer das Genick bricht. Die Braunkohlenbergleute wollten ja selbst die Achtstundentag nicht!

Zu dem Gutachten der „Anparteilichen“.

Das wir in seinen Grundzügen in voriger Nummer der „Bergarb.-Ztg.“ kritisierten, wollen wir heute noch einiges nachtragen. Wie wir schon zitierten, erkennen das Gutachten selbst an, daß man den Braunkohlenbergleuten auf die Dauer keine längere Arbeitszeit zumuten kann, als sie in benachbarten Industrien bei ähnlichen oder höheren Löhnen bestehen.

Es ist deshalb unglaublich, daß die Gutachter die Braunkohlenbergleute auf zehn Jahre verträufen!

Sie stellten Untersuchungen darüber an, daß von 1900-1905 die Zahl der Erwerbstätigen infolge des Geburtenausfalls durch den Krieg nicht zunehmen, sondern mit rund 2,5 Millionen stabil bleiben und dann bis 1945 nur langsam auf 22,4 Millionen wachsen werde. Die Folge dieses Zustandes werde sein, daß der Druck der Arbeitslosigkeit, der jetzt für Arbeitszeitverlängerungen mißlich, nicht mehr vorhanden sei. Streiks und Arbeitskämpfe, Abwanderung von Arbeitern aus den Industrien mit langer Arbeits-

zeit und in diesen Industrien selbst Verringerung der Leistungen werden die Folge sein. Und dann sagen die „Unparteiischen“:

„Folgt man diesen Ausführungen, so ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß nach etwa zehn Jahren, also immerhin in absehbarer Zeit (!!! D. Red.), mit einer stärkeren Anpassung der Schichtzeit der Braunkohlenbergarbeiter an die anderer Arbeiterkategorien zu rechnen ist.“

Also in etwa zehn Jahren soll sich nach dieser Ansicht die Schichtzeit im Braunkohlenbergbau „in stärkerem Maße anpassen“ an den Achtstundentag in anderen Industrien. Glauben die Herren wirklich, daß die Braunkohlenarbeiter sich so lange die Hölle der Zwölf- oder Elfstundenschicht, die durch Fehlarbeit oder Anmarsch zur Arbeitsstelle zu einem Arbeitstag von 14, 15, 16 Stunden wird, gefallen lassen? Dann wird die nächste Zukunft sie hoffentlich eines anderen belehren!

Aber noch einige andere Punkte des Gutachtens sind der Erwähnung wert. Weil die Gutachter annehmen, daß eine wesentliche Erhöhung der Arbeiter-Stundenleistung im Braunkohlenbergbau wegen der erfolgten Mechanisierung nicht möglich sei und deshalb Arbeitszeitverkürzung eine erhebliche Mehrbelastung der Unternehmungen bedeute, untersuchen sie, ob auf anderen Gebieten Erparnisse gemacht werden könnten. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß

eine Preiserhöhung in gewissem Umfang noch möglich ist:

„Wenn eine Preiserhöhung wirtschaftlich möglich ist, d. h. wenn die mitteldeutsche Braunkohle ihre Standortvorteile preislich noch nicht voll ausgenutzt hat, so würden die Braunkohlenbergarbeiter zugunsten von Verbrauchern und Industrien mit kürzerer Arbeitszeit eine lange Schichtzeit verfahren müssen. Daß darin eine soziale Ungerechtigkeit liegt, ist nicht zu bezweifeln. Wenn die jetzigen Preise bei den bisherigen Arbeitsverhältnissen angemessen sind, so besteht nach Ansicht der Kommission vom Standpunkt wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit kein Bedenken, sie in dem Maße unter Umständen bis an die Grenze der vollen Ausnutzung des Frachtvorsprungs zu erhöhen, als der Vorteil daraus der Verkürzung der Schichtzeit der Braunkohlenbergleute zugute kommt.“

Auch eine Abgabebeschränkung in bestrittenem Gebiet

hält die Kommission für erwägenswert. 10 bis 20 Prozent der Produktion werden in diesem Gebiet abgesetzt zu Preisen, die bis zu 4 Mark je Tonne unter den Preisen für das unbestrittene Gebiet liegen. Wenn dieser Preisstempel eingeschränkt würde, so würde in Verbindung mit Stilllegung unrentabler Gruben die Rentabilität steigen.

Noch interessanter ist, was die Gutachter über die übermäßigen Handelsgewinne

sagen. Diese Handelsgewinne fließen den Werken nur zum Teil, im Leipziger Syndikatsbezirk nur ausnahmsweise zu, wo Werks-Handelsgesellschaften bestehen, in der Hauptsache fließen die Gewinne den besonderen Handelskonzernen zu. Dazu sagten die Gutachter:

„Die Handelsgewinne auf Kosten der Werte reichlich zu gestalten, liegt in der natürlichen Tendenz der großen Handelskonzerne, die die Mehrheit der Produktion der mitteldeutschen Braunkohle beherrschen. Daß der aus dem Handel fließende oder zu erwartende Nutzen reichlich hoch ist, schließt die Kommission auch aus der erwähnten Erscheinung, daß Händlerkonzerne Aktien zu kurzen aufkaufen, die eine angemessene Rente aus der Dividende allein auch in weiter Zukunft nicht versprechen. Dazu kommt, daß eine gewisse Ueberorganisation des Handels, besonders durch das Dazwischentreten des Zwischengroßhandels, besteht... Eine volkswirtschaftliche Betrachtung der gesamten Lage des Braunkohlenbergbaues faßt aber auf diese zum großen Teil durch den Einfluß der beherrschenden Konzerne volkswirtschaftlich falsche Teilung des Gewinnes zwischen Produktion und Handel keine Rücksicht nehmen.“

Diese Darlegungen bedeuten das Zugeständnis: Die sichtbaren Gewinne der Braunkohlenwerke wären erheblich höher,

wenn nicht die gesamten Gewinne zwischen Produktion und Handel „falsch verteilt“ würden. Aber die Handelsgesellschaften sind doch nach Gründung und Inhaberschaft nichts den Werken Fremdes, sondern wer in der Produktion herrscht, der herrscht auch in den Handelsgesellschaften! Man wird nicht so weit gehen können, zu sagen, die Handelsgesellschaften wurden gegründet, um Gewinne von der Produktion auf den Handel zu verschieben zu können, denn aus anderen Gründen ist die Errichtung befonderer Handelsgesellschaften erklärlich. Aber in der Wirkung kommt nach den Darlegungen der Kommission die Sache darauf hinaus, daß Gewinne aus der Braunkohlenindustrie nicht bei der Produktion, sondern bei dem Handel in Erscheinung treten.

Eine Untersuchung, die, wie die vorliegende, sich nur auf einen Teil der Produktion (ohne Tiefbau, Schmelzbetrieb usw.) erstreckt, die über die Handelsgewinne nichts mitteilt, kann keinen Anspruch darauf machen, auch nur einigermaßen erschöpfend und zuverlässig zu sein.

Auch deshalb lehnen wir das Gutachten als falsch ab, wie wir es von vornherein bei unserer Kenntnis der beliebten Prüfungsmethoden als überflüssig bezeichnet haben. Die Braunkohlenindustrie in ihrem gesamten Umfang, ihren Konzernen, ihrem Handel soll die Prüfung der Verhältnisse nach unseren Vorschlägen gestatten, dann wollten wir sehen, was dabei herauskäme! Die bisherige Prüfung war für die Kat und

Sache der Braunkohlenbergarbeiter selbst wird es sein müssen, die Verkürzung der Arbeitszeit zu erzwingen!

Die letzten Tarifverhandlungen im Ruhrbergbau.

II.

Wirtschaftlich betrachtet, war die Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen also gegeben. Die Unternehmer haben den Gegenbeweis wenigstens nicht geführt. Daß sie vom sozialpolitischen Standpunkt aus nicht nur berechtigt sind, sondern ihre Verwirklichung eine Notwendigkeit ist, kann nicht bestritten werden, und dennoch dieses magere Ergebnis. Woher kommt das? Den Unternehmernstandpunkt haben wir bereits in dem ersten Artikel gekennzeichnet. Aber der Schlichter hatte es doch in der Hand, er konnte einen besseren Schiedspruch fällen. Sicherlich hätte der Schlichter das können. Auf Grund der Lage im Bergbau mußte man auch einen besseren erwarten. Dennoch wäre es falsch, lediglich dem Schlichter die Schuld für den ungenügenden Schiedspruch allein oder gar in erster Linie zuzuschreiben. Die Unabhängigkeit der Schlichter mag noch so laut betont werden, sie ist in der Praxis nicht gegeben. Die in den Schlichterbesprechungen vom Reichsarbeitsministerium gegebenen Richtlinien sind zwar nicht bindend, aber sie dienen den Schlichtern als Richtschnur. Außerdem steht dem Reichsarbeitsminister das Mittel der Verbindlichkeitsklärung zur Verfügung. Wir haben es wiederholt erlebt, daß Schiedsprüche nicht für verbindlich erklärt, ein neuer Schiedspruch gefällt und dieser dann für verbindlich erklärt wurde. Das Reichsarbeitsministerium übt so einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aus — ein Zustand, der vom Standpunkt der Arbeiterbewegung durchaus nicht wünschenswert ist, den zu beseitigen wir alle Ursache haben. Aber wie?

Die Kommunisten haben ein einfaches Rezept:

Beseitigung des Schlichtungswesens

ist ihre Parole. Damit wäre den Arbeitern nicht im geringsten gedient. So einfach liegen die Dinge also nicht. In einer Zeit, wo die Arbeitsbedingungen kollektiv durch Tarifvertrag geregelt werden, ist das Schlichtungswesen nicht zu entbehren. Auch kann der brutale Machtstandpunkt bei der Regelung der tariflichen

Fragen nicht allein entscheidend sein. Die Zeiten des wirtschaftlichen Tiefstandes nach der Inflation, wo die Gewerkschaften erschöcklich geschwächt waren, sind Beweis genug dafür. Die kommunistischen Drahtzieher wissen dies ganz genau. Die Interessen der Arbeiterklasse spielen bei ihnen aber keine Rolle, diese sind ihnen gleichgültig. Sie empfangen von Moskau ihre Parolen und diese haben sie auszuführen, wenn sie auch noch so unsinnig und arbeiterfeindlich sind.

Die Bergarbeiterklasse hat es in der Hand, den jetzigen Zustand zu ändern, den Einfluß der Schlichter und vor allem den des Reichsarbeitsministeriums bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zurückzudrängen, ohne daß das Schlichtungswesen beseitigt wird. In den Kreisen der Kameraden ist die Meinung weit verbreitet, bei Tarifverträgen entscheide der Schlichter ohne weiteres. Der Schlichter wird als berufen angesehen, der letzten Endes die Lohn- und Arbeitsbedingungen selbständig regelt. Diese Auffassung ist nicht nur falsch, sie wäre, wenn sie sich festsetzen würde, für die Arbeiterklasse verhängnisvoll. Die Entscheidungen des Schlichters werden wesentlich beeinflusst durch die Stärke der Tarifparteien. Es ist kein Zufall, daß in den Berufen, wo die Arbeiterklasse gut organisiert ist, die wenigsten Schiedsprüche gefällt werden, sondern vielmehr freie Vereinbarungen zustande kommen. Als Beispiel brauchen wir nur die Holzarbeiter anzuführen. Wo bei Tarif- und Lohnverhandlungen die Verhandlungsführer sich

auf starke Organisation stützen

können, ist nicht nur der Schlichter gezwungen, diesem Stärkeverhältnis Rechnung zu tragen, auch auf die Unternehmer bleibt dies nicht ohne Einfluß. Der Schlichter und das Reichsarbeitsministerium können also ihre Entscheidungen bei Fällung von Schiedsprüchen nur dort nach eigenem Gutdünken treffen, wo die Arbeiterklasse sich noch nicht die genügend starke gewerkschaftliche Organisation geschaffen hat. Die Antwort auf die Frage, wie der starke Einfluß des Arbeitsministeriums und der Schlichter auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne Beseitigung des Schlichtungswesens eingeschränkt werden kann, lautet demnach: durch eine gute und starke gewerkschaftliche Organisation! Für die Bergarbeiter heißt das: Sorgen wir dafür, daß die noch allzu zahlreich vorhandenen unorganisierten Bergarbeiter in den Bergarbeiterverband eintreten.

Die Stärke und Güte einer Organisation ist allein durch die Zahl der Mitglieder noch nicht verbürgt. Dazu gehört etwas mehr. Die Mitglieder müssen Gewerkschafter werden, d. h. sie müssen

mit voller Hingabe, Ueberzeugung und Opfer Sinn

an der Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben mitarbeiten. Es genügt nicht, ein Mitgliedsbuch zu haben und pünktlich Beiträge zu entrichten. Das ist sicherlich notwendig und wichtig. Nicht minder wichtig ist aber die tatkräftige Mitarbeit der einzelnen Mitglieder bei der vielseitigen Gewerkschaftsarbeit. Die Aufgaben der Agitation und Organisation, der Aufklärungs- und Bildungsarbeit sind nur bei tätiger Mitwirkung der gesamten Mitgliedschaft zufriedenstellend zu lösen.

Eine gute und starke Organisation erfordert auch innere Einheit und Geschlossenheit. Wer diese zu stören versucht, der schwächt die gewerkschaftliche Organisation, der stärkt die Stellung der Unternehmer, der ist bewußt oder unbewußt Bundesgenosse des Kapitals gegen die Arbeiterklasse. Die kommunistische Partei versucht aber fortgesetzt, die im Kampf für die Lebensinteressen der Arbeiter und besonders der Bergarbeiter dringend notwendige Einheit und Geschlossenheit zu stören, lediglich, um die Gewerkschaften ihren Parteinteressen dienstbar zu machen. Die Parolen der kommunistischen Partei sind zwar alberne Kinderreime und Blamagen für die Partei selbst. Die letzte Parole anlässlich des Tarifschiedspruches hat das deutlich gezeigt. Immerhin sind die Parolen geeignet, Verwirrung in die Reihen der Arbeiter zu tragen. Sie sind somit gewerkschaftsschädigend und arbeiterfeindlich und müssen von den Kameraden entschieden zurückgewiesen werden.

Der Schiedspruch für den Ruhrbergbau würde besonders in der Frage der Arbeitszeit anders ausgefallen sein, wenn die Bergarbeiter die Voraussetzungen, die notwendig sind, um den Einfluß des Schlichters und des Reichsarbeitsministeriums einzuschränken und die Unternehmer zu einer anderen Haltung zu zwingen. Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit —



Erinnerungen eines „Verräters“.

Die deutsche Arbeiterklasse hat schwere Zeiten hinter sich. Aus Untertänigkeit, Knechtschaft und dunklen Gefängniszellen heraus hat sie sich endlich zu politischer Freiheit und Gleichberechtigung emporgeworfen. Jahrzehntelang hat das Ringen gedauert. Und wäre der Weltkrieg nicht gekommen, wäre es fraglich, ob wir heute die große Masse schon in der erlangenen Stellung sehen könnten. So aber kam das Erwachen schneller. Und so stolz wie wir heute auf die bisherigen Erfolge zurückblicken, so sehr finden wir unsere Freude sofort wieder getrübt. Deshalb, weil wir heute klar erkennen, daß wir schon viel weiter sein könnten und bedeutend bessere Erfolge aufzuweisen hätten, wenn — ja, wenn die deutsche Arbeiterklasse in ihrer bedeutungsvollsten Stunde den Wert der Einheit und Geschlossenheit erkannt hätte. Damals war es, als die Gegner vor der zusammenstürzenden alten Ordnung sich ängstlich verkrochen; da fing die deutsche Arbeiterklasse an, einen Streit um Prinzipien und theoretische Konsequenzen zu eröffnen. Die Front brach dabei in Stücke. Nicht genug damit, tauchten jetzt von irgendwoher die „wahren“ Klassenkämpfer in Massen auf, die „die Stunde der“ wollten und sich dazu das Riesenheer der bis damals vollständig indifferenten Masse machten. Diese ungeschulte und unorganisierte Masse fühlte instinktiv, daß Ordnung und „Brüderlichkeit“ bedenklich im Schwanken war, und glaubte deshalb, daß sie nur zugreifen brauche, um Staat und Wirtschaft „in Besitz“ zu nehmen.

Die schmerzlichen Erfahrungen auf diesem Gebiete hat wohl das Ruhrproletariat hinter sich. Hier ging der Kampf fast buchstäblich bis zur Selbstzerfleischung. Es gab Zeiten, in denen die alten Organisationen direkt aufgelöst schienen. Keiner der altbewährten Führer genoss noch Vertrauen. Gerissene Demagogen beherrschten das Gebiet. Alles war wie aus den Fugen. Wer keine Sehne damals begann mit den Worten: „Die Führer sind Verräter“, der wurde unübel, der war der „rechte Führer“. Bis heute wird diese Sehne von einzelnen Leuten fortgeführt. Die große Masse hat zwar längst den richtigen Weg wiedergefunden. Aber in Tageszeitungen besonders und auch in Zeitschriften geht der Kampf gegen die alten Organisationsleitungen immer noch weiter. Meistens ist dieser Kampf gegen die Führung ja nur ein Kampf um die Führung. Das heißt, man hofft die Führung beseitigen zu können, um selber an ihre Stelle zu kommen. Es werden sich auch immer Leute finden, die solchen Demagogen zum Opfer fallen. Davon unberührt aber bleibt die Führung ständig in Front gegen Reaktion und Rückschritt und nur proletarischen Fortschritt und Gleichberechtigung. Jener Demagogen aber wird man sich bald nur mit zweifelhaftem Empfinden und spöttischem Lachen erinnern.

Auch unsere Verbandsleitung, ja, diese gerade besonders, wurde und wird viel geschmäht wegen ihrer „verräterischen“, „mit dem Kapital paktierenden“ Politik, die sie in den letzten Jahren getrieben hätte. Die kommunistische Presse und mit ihr auch andere Zeitschriften versuchten oft, in „geschichtlichen Rückblicken“ immer wieder „die Schuld“ unserer Verbandsleitung „nachzuweisen“. In den meisten Fällen wird das alles so klump-demagogisch gemacht, daß es für uns fast stets überflüssig war, darauf einzugehen.

Warum hat uns das heute hier erwähnen? Nun, jetzt hat auch einmal ein anderer einen geschichtlichen Rückblick gehalten. Das ist nun auch eine kleine Geschichte geworden, die jene Zeit des „Verrats“ der Gewerkschaftsbözen umfaßt. Aber der diesen Rückblick hält, ist ein Verursacher. Ein Führer. Ein Mann. Einer von denen, die man als Sozialist mit Stolz einen der unseren nennt. Und seine Geschichte ist etwas anderes geworden, wie diejenige jener Demagogen. Es ist eben die Geschichte eines Führers. Es ist aber auch die Geschichte einer Führung. Jener Führung, von der in der besprochenen Geschichtesepoche unsere Verbandsleitung auch ein Teil war. Das war damals, als es im Ruhrgebiet „brannte“. Nach dem Umsturz 1918 bis nach dem Rapp-Bußch 1920. Es war die Zeit der heißen Herzen und schwülen Köpfe. Es war eine politische Wetterzeit. Und mitten in diesem Wetter, von hoher Warte und vom Leuchtturm alles überschauend, stand er, der „andere“ Geschichtsschreiber:

Carl Severing: Im Wetter- und Watterwinkel

als der berühmte Pilot, dem das Ruhrgebiet, an erster Stelle der Ruhrbergmann, mehr zu danken hat aus einer Tagesarbeit seiner damaligen Tätigkeit, wie allen denen zusammen aus ihrer Lebensfähigkeit, die damals ihm und oft bis heute noch den jetzigen Organisationsleitungen für ihr Verhalten Verrat vorwarfen!

Im Ruhrgebiet darf es fortan keinen Arbeiter, zumindest keinen Bergmann geben, der nicht das Buch von Carl Severing: „Im Wetter- und Watterwinkel“ gelesen hat. Zu beziehen ist dasselbe durch unseren Verlag S. Hausmann u. Co., Bochum. Die Bestellungen gehen am besten durch die Ortsverwaltungen.

Hier erhält das Ruhrproletariat zum ersten Male ein objektives Bild über das wirkliche Verhältnis jener Zeiten. Frei von aller ideologisch-soziologischen Spintiferei zeigt Severing hier das tatsächliche Geschehen jener Tage auf. Er sieht im Ruhrproletariat die Elite der deutschen Arbeiterklasse, die nach dem Umsturz für ein neues Zeitalter selbstbestimmend einzugreifen gewillt war. Sein geschulter Führerinn sagte ihm aber auch, daß proletarische Selbstbestimmung nur organisierte Selbstbestimmung sein kann und letztere insbesondere für das Ruhrgebiet allein gelten konnte. Alles andere mußte über

kurz oder lang zum Chaos, zum vollständigen Zusammenbruch und zu willenloser Schicksalsgegebenheit führen und am Ende doch die Gegner triumphieren lassen. Er wollte, daß hier eine schwere Aufgabe eines führenden Mannes harte. Er wollte weiter, daß sich dieser Aufgabe kein proletarischer Führer entziehen durfte, wenn er zur Lösung mitberufen ward. Und er zögerte deshalb keinen Augenblick, als ihn die Regierung zum Staatskommissar über Rheinland-Westfalen berief. Und als solcher spricht er in seinem Buche zu uns. Objektiv, nüchtern. Fast wie ein Berichterstatter. Severing! Er darf auf die Geste verzichten. Oder ist noch einer unter uns Sozialisten, der an ihm zu zweifeln wagt? Es müßte höchstens ein Narr sein.

Also lesen wir in seinem Buche: Von der ersten Vereinbarung zwischen Berghausverband und Bergarbeiterorganisationen am 14. November 1918 und den ersten revolutionären Demagogen, die unter der sog. Revolutionsregierung schon im Ruhrgebiet auftauchten und gegen letztere hetzten, um selbst vielleicht Diktator werden zu können. Dann wurde diese Sehne in eine andere Richtung gedrängt, und zwar auf die — Gewerkschaftsbözen! Hier wurde dieses Schandwort des proletarischen Sprachschabes zum Schlagwort für die übelste Streberpolitik auf Kosten der gesamten Tradition der deutschen Arbeiterbewegung. All die Hunderttausende, die vorher aus Unsolidarität und feindlichem Eigennutz, soweit nicht Unkenntnis vorherriete, schon den kleinen Beitrag zur Organisation „sparen“ zu müssen glaubten, alle diese wurden von jenen Revolutionsdemagogen jetzt mißbraucht. Die geistige Atmosphäre stand so bald unter folgenden: Organisation — Bonzenwirtschaft, Gewerkschaftspolitik — Bonzenpolitik. Proletarische Politik aber heißt revolutionäres Handeln. Und revolutionäres Handeln? Nun, das ist es ja, was man hier aufgezeichnet findet. Revolutionäre Handeln nämlich, das damals unter Ausschaltung der jahrzehntelang bewährten Arbeiter- und Organisationsführung von irgendwoher aufgetauchten und später wieder irgendwohin verschwundenen Elementen injiziert wurde.

Den eigentlichen Anstalt bildet der Generalstreik anfangs April 1919. Dann kam Severing, der in enger Zusammenarbeit mit seinen Parteifreunden, insbesondere aber auch mit den Organisationsleitungen des Ruhrreviers, alles daran setzte, das Chaos und den Zusammenbruch jeglicher proletarischen Mitbestimmungsmöglichkeit zu verhindern und für die Arbeiterklasse zu retten, was zu retten war. Gerade im rechten Moment, um eine alles zerstörende Trampelpolitik einer zu selbständigem Handeln sich aufwickelnden Soldateska zu verhindern!

Die „Revolutionäre“ jahren das alles anders. Allen Ernstes wurde damals sogar auf der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes der Ausschluß des „Verräters“

darüber müssen wir uns klar sein! — wird ein hartnäckiger. Schaffen wir also die Voraussetzungen, die unumgänglich notwendig sind, um den Kampf um die Arbeitszeit erfolgreich für die Bergarbeiter zu führen. Dieser Kampf ist nicht beendet. Sorgen wir aber dafür, daß wir uns nicht auf den Schlichter verlassen müssen, sondern uns auf unsere eigene Kraft verlassen können. Dann brauchen wir uns über schlechte Schiedssprüche nicht mehr zu beklagen.

Das Arbeitszeitnotgesetz.

In den Ausschuhverhandlungen zeigte sich schon, daß die Vertreter des Bürgerblocks nur die Absicht hatten: nicht reden, sondern nur niederstimmen. Aber das ist leichter gesagt als getan. Schon nach kurzer Debatte waren die offenen und weniger offenen Vertreter der Kompromißgeburt so herausgelockt, daß sie auch im Ausschuh nicht mehr schweigen konnten. Gäßen sie weiter geschwiegen und nur unsere Anträge niedergestimmt, so würden unsere Vertreter, die Sozialdemokraten, wahrscheinlich auch Kommunisten und Demokraten, die Sitzung verlassen und sich nicht weiter an einer solchen Komödie beteiligen. Aber die Bürgerblockler durften nicht nur stimmen, sie mußten auch reden! Was sie redeten, war natürlich nur Verlegenheitsgesebel, nicht sachliche Begründung. Herr Andree (Christlicher Gewerkschafter) hat zu bedenken, daß man in einem Notgesetz nicht alle Wünsche erfüllen könne. Herr Stegerwald wiederholte, daß man mit den Zuschlägen für Leberstunden vorsichtig sein müsse, um die Arbeitnehmer in ihrem Einkommen nicht zu schädigen! Auch den Lehrlingen Zuschläge für Leberarbeit zu zahlen sei nicht leicht, da ja die Lehrlinge oft ja nichts verdienen! Daß man Leberarbeit für Lehrlinge verbieten, mindestens sie aber bezahlen müsse, dürfte auch Herr Stegerwald nicht einsehen, weil das der Volkspartei und den Mittelständlern im Zentrum nicht paßt.

Die von uns geforderten Zuschläge stimmten auch nicht überein mit dem Washingtoner Abkommen, sagte Herr Stegerwald. Als ob man darüber nicht hinausgehen dürfte!

Auch gegen die Bergarbeiterforderungen wandte sich Herr Stegerwald. Es sei schwierig, diese Fragen im Notgesetz zu regeln. Es bestehe gefährlich nicht die Siebenstundenschicht, sondern die Acht- und Achteinhalbstundenschicht. Indirekt enthalte das Gesetz ja auch Vorkühnheiten für die Bergleute, da Leberstunden über 8 bis 10 Stunden bezahlt werden müßten.

Gefordert hatten wir, daß die Schicht für Untertagearbeiter gerechnet werden sollte vom Betreten des Förderkorbes bei der Einfahrt bis zum Verlassen bei der Ausfahrt. Ferner sollte nach unserem Vorschlag der zehnjährige Zuschlag gezahlt werden für alle Mehrarbeit, die über die tariflich festgelegte Zeit von 7 oder 7 1/2 Stunden hinausging. Das wäre ohne weiteres möglich gewesen, wenn die Volkspartei es erlaubt oder das Zentrum es gegen die Volkspartei mit beschlossen hätte.

Gegen unseren Antrag, daß für den Bergbau und andere gefährliche Berufe unter keinen Umständen eine Leberzeit von achtstündigen Arbeitszeit zulässig sein sollte, wandte sich Herr Stegerwald ebenfalls, er wollte die Möglichkeit von Ausnahmen, Arbeit bis zu 10 Stunden im Bergbau aus Konkurrenzgründen gegen England!

Im Plenum des Reichstags wiederholte sich dann das Spiel nochmals. Auch hier konnten die Leute vom Bürgerblock nicht nur schweigen und stimmen, sie mußten auch reden. Unerhörte Bestimmungen des Entwurfs verteidigten und beschloffen sie. Nach der alten Verordnung war der Untertagearbeiter straflos, wenn er „freiwillig“ Mehrarbeit annahm. Das wurde bestritten, aber in den § 10 des neuen Entwurfs wieder hineingearbeitet, ja verankert. Der Unternehmer allein kann danach Mehrarbeit anordnen, wenn es sich um die Arbeit einer geringen Anzahl von Arbeitnehmern an einzelnen Tagen handelt, durch deren Nichterledigung das Ergebnis der Arbeit gefährdet oder ein unverhältnismäßiger wirtschaftlicher Schaden entstehen würde, und wenn dem Unternehmer andere Vorkehrungen nicht zugunsten werden können. Mit solcher Klauselbestimmung kann natürlich viel Unheil angerichtet und in vielen Fällen der Zwangsgeheulstunden tag eingeführt werden.

Nach § 1 der alten Verordnung galt der Achteinstundentag als Norm für gewerbliche Arbeiter, Ausfälle an Arbeitszeit konnten nach Anhörung der Betriebsvertretung in der gleichen oder folgenden Woche nachgeholt werden.

Die Leberzeit dieser acht Stunden sollte ausgeschlossen sein nach einem sozialdemokratischen Antrag für Gewerbevereine oder Gruppen von Arbeitern,

„die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten, insbesondere für Arbeiter im Bergbau unter Tage sowie für Arbeiter, die in außergewöhnlichem Grade der Einwirkung von Dämpfen, giftigen Stoffen, Staub u. dergl. oder der Gefährdung durch Sprengstoffe ausgesetzt sind“.

Selbst dieser Antrag wurde vom Bürgerblock abgelehnt!

Ebenso wurde abgelehnt, daß die Arbeitszeit auch bei den zugelassenen Ausnahmen zehn Stunden nicht überschreiten darf, ferner, daß Tarifverträge und Vereinbarungen, die längere Arbeitszeit vorsehen, mit Inkrafttreten des Gesetzes ungültig sind.

Die Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde für weibliche und jugendliche Arbeiter, um zwei Stunden für erwachsene männliche bei Arbeiten wie Reinigung, Bewachung, Schiffsentladung nur durch tarifliche Vereinbarung zuzulassen, lehnte der Bürgerblock ab.

Als Leberstundenzuschlag verlangten wir „mindestens 25 Prozent“, das wurde abgelehnt. Wenn „besondere Umstände“ es rechtfertigen, können nicht nur niedrigere Zuschläge „vereinbart“, sondern auch von den Behörden verordnet werden. Der Arbeitsminister kann den gesetzlichen Anspruch auf Bezahlung der Leberarbeit in Saisongewerben aufheben, das soll den Rechnungsbüchern im Bergbau ermöglichen. Eine pauschale Abgeltung für Leberstunden ist zulässig, damit man Angestellten, die z. B. üblicherweise eine Weihnachtsgatifikation bekommen, diese für Leberstunden anrechnen kann.

So sind sämtliche sozialdemokratischen, kommunistischen Anträge abgelehnt durch Zwangsstarke dem Neun- und Zehnstundentag Tür und Tor geöffnet.

Für unsere Forderungen setzten sich im Plenum des Reichstags nochmals Grotewohl, Aufhäuser, Kusemann, Becker, Frau Schröder, Grahmann und Limberg ein. Auf ihre Reden näher einzugehen erübrigt sich. Nur auf Herrn Stegerwald müssen wir noch mit ein paar Worten eingehen. Er erkannte an, daß die Sozialdemokraten von ihrem oppositionellen Standpunkt aus sachlich gefasst hätten. Weniger glimpflich hätten sozialdemokratische Blätter im Lande die christliche Arbeiterbewegung und ihre Führer behandelt. Deshalb wolle er ein ganz offenes, hochpolitisches Wort reden:

„Gewerkschaftlich und organisatorisch könnten wir als christliche Gewerkschaften mit einem freischönlischen Kampf von ihrer Seite sehr zufrieden sein. Die christliche Arbeiterbewegung ist nicht durch Ihre Duldung groß geworden, sondern sie ist groß geworden im schärfsten Kampf gegen Sie. Minderheitsbewegungen können nur wachsen im Kampf. Wenn Ihre Presse und Ihre Agitation im Lande wieder ein Täuschung haben will — gut, wir sind bereit... Sie werden zugeben, daß wenn im katholischen Lager Kirche, Zentrum und christliche Arbeiterbewegung geschlossen zusammenstehen und ihre Presse und ihre Agitation entsprechend umstellen, Sie, zwischen christlicher und kommunistischer Richtung eingeklinkt, auf die Dauer nicht der gewinnende Teil sind... Aber selbst angenommen, Sie würden der Zentrumspartei ein halbes Duzend Mandate auf die Dauer abgewinnen können; haben Sie damit dem Emanzipationskampf der Arbeiter in Deutschland einen Dienst geleistet? Emanzipationskampf der Arbeiter ohne starken Arbeiteranhang der Zentrumspartei ist nach alledem, was sich im letzten Jahrzehnt in Deutschland abgepielt hat, in den politischen Auswirkungsmöglichkeiten in nächsten Jahrzehnten zur politischen Ohnmacht verurteilt. In Preußen hängt Ihre Mitwirkung im Staate nicht von Ihnen, sondern vom Zentrum ab. Ebenso ist es in Baden und Hessen. Im Reich können wir sozialpolitisch manches durchsetzen ohne Sie, Sie ohne uns nichts, weil Sie keine Mehrheit bilden können... Gegen das, was die Sozialdemokratische Partei hier bei dem Arbeitszeitnotgesetz vorgebracht hat, habe ich gar nicht polemisiert. Meine politischen Bemerkungen richten sich an die Adresse einer Anzahl Ihrer Blätter im Lande und Sie werden merken haben, daß nicht Drohungen ausgesprochen wurden, sondern lediglich die tatsächlichen Zusammenhänge klargelegt wurden...“

Herr Stegerwald wiederholte dann noch einmal die vier Gründe, weshalb jetzt nicht eine befriedigende Regelung der Arbeitszeitfrage möglich gewesen sei: 1. Die deutsche Wirtschaft sei nicht einseitig, manchen Zweigen ginge es gut, manchen schlecht. 2. Deutschland sei erst wieder mit zwei Drittel der Vorkriegszahlen an Weltmarkt beteiligt. 3. In einer Reihe von Industrien bestehe Facharbeitermangel, weshalb Beschäftigung von Ungelernten nicht möglich sei. 4. Für die von den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften verlangte Notregelung sei eine Mehrheit im gegenwärtigen Reichstag nicht zu haben. Die christlich organisierten Abgeordneten und die Führer der Christlichen im Lande seien einmütig der Auffassung, daß bei dieser Notregelung herausgeholt werden sei, was bei der Gesamtsituation im ganzen hätte heraus-

geholt werden können.

Es haben dann auch in der Tat die christlichen Arbeiterabgeordneten für das Gesetz in der Schlussabstimmung gestimmt, während Imbusch und Dr. Wirth vorher für verschiedene sozialdemokratische Anträge, besonders in den Bergarbeiterfragen, gestimmt hatten.

In einem hat Stegerwald recht: Das Zentrum will in der Regierung bleiben, verzichtet deshalb einseitig auf soziale Reformen, die den Bürgerblock zu sprengen drohen, und begnügt sich mit Notlösungen, die auch im christlichen Arbeiterlager nicht befriedigen.

Kaum war dies Notgesetz angenommen, als am 12. April der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter in Essen eine Reichskonferenz abhielt, in der es zu den schwebenden sozialpolitischen Fragen eine Entschlieung faßte. Darin heißt es:

Die Versammelten betonen angesichts der immer mehr in die Erscheinung tretenden Mechanisierung und Nationalisierung der Wirtschaft, die gleichzeitig verbunden ist mit stärkeren Kartellierungen und monopolartigen Zusammenschlüssen, die vermehrte Notwendigkeit staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben und sozialer Maßnahmen, die den Schutz der wirtschaftlich Schwächeren und eine entsprechende Fürsorge gewährleisten. Besonders fordern die Versammelten eine den wirtschaftlichen Fortschritten und sozialen Bedürfnissen gerecht werdende Arbeitszeitregelung. Die Schwere und Gefahr der bergmännischen Arbeit muß dabei durch Einführung einer Siebenstundenschicht unter Tage besondere Berücksichtigung erfahren. Die unzumutbar lange Zwölfstunde nsticht in den durchgehenden Tagesbetrieben muß möglichst bald beseitigt werden. Eine alsbaldige Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes und eine den Bedürfnissen und Verhältnissen des Bergmannsberufes gerecht werdende Regelung der Schutzfragen für die Bergarbeiter in einem besonderen Reichsgesetz entspricht einem dringenden Bedürfnis.

Den auf einer Reihe von Gebieten verstärkt hervortretenden sozialen Schäden infolge der wirtschaftlichen Konzentration und der Nationalisierung muß die Sozialpolitik vermehrt entgegenwirken. Neben vorbeugenden Maßnahmen zum Schutze der Arbeitskraft, Sicherungen vor Mißbrauch des Lehrverhältnisses der Jugendlichen, besonders in industriellen Lehrwerkstätten, bleibt auch der Schutz und die Fürsorge für die älteren, der Gefahr dauernder Arbeitslosigkeit ausgesetzten Arbeiter eine besondere Notwendigkeit. Gegenüber den Angriffen auf das staatliche Schlichtungswesen betonen die Versammelten die Notwendigkeit seiner Sicherung und Erhaltung.

Ebenso wie für die Zukunft — in Verbindung mit der Selbsthilfe — ein wesentlicher Faktor der Sozialpolitik die Erhöhung des Reallohnes ist, ist eine entsprechende Sicherung der sozialen Rechtsbasis der Arbeiterschaft durch ihre Interessenvertretung im Rahmen des Ausbaues des Arbeitsrechtes ein Gebot der Gegenwart.

Diese Entschlieung ist ein sachlich wichtiger Gewerkschaftschieb gegen die eben beschlossene Notregelung, die nicht sachlich und wirtschaftlich, sondern nur politisch zu erklären ist.

Stegerwalds Verlegenheitsrede mit der Manipulation gegen die Sozialdemokratie nehmen wir nicht ernst. Wir denken nicht daran, entsprechend kommunistischen Wünschen bestehende „Arbeitsgemeinschaften“ mit christlichen Verbänden zu lösen, weil diese gemeinsame Arbeit aus Gründen des Tarifvertrages, des Bergarbeiterlohnes usw. notwendig ist. Wir werden die Möglichkeiten solcher Arbeit nicht zerbrechen, uns allerdings auch dadurch nicht abhalten lassen, zu Gesetzgebungsarbeiten ungeschwächt unsere Meinung zu sagen. Wenn der von Stegerwald für möglich gehaltene Kampf zwischen christlicher und freierorganisierter Arbeiterschaft wiederum kommen soll, so müssen ihn schon andere als wir provozieren, aber dann haben ihn auch andere zu fürchten und nicht wir!

Das Notgesetz ist da. Den geringen Verbesserungen, die es bringt, stehen unerträgliche Mißstände auf dem Gebiet der Arbeitszeit gegenüber. Die Arbeitermerkschaft kann diese Mißstände beseitigen oder mildern aus eigener Machtvollkommenheit, wenn sie will! Und sie wird wollen müssen, will sie nicht ganz verelenden.

Deshalb:

Die Reihen der Organisation gestärkt für den jetzt so recht beginnenden Kampf für notwendige Arbeitszeitverkürzung!

o o

Auch auf die Kommunisten oder ihre Presse müssen wir bei der Gelegenheit kurz eingehen. Im Ausschuh hatten die Kommunisten natürlich weitergehende Anträge eingebracht wie die

Severing diskutiert. Wie viele von jenen, die heute in unseren, den sozialdemokratischen, Reihen stehen, werden jetzt noch mit Kopfschütteln und mit Sichselbstnichtverstehen an diese Zeiten zurückdenken? Der Generalfreistrich brach zusammen. Die im Bergarbeiterverband organisierten Funktionäre entschieden sich mit 217 gegen 82 Stimmen zum Abbruch. Es war hier schon ein Selbstbesinnen organisatorisch geschulter Klassenkämpfer. Vielleicht wäre damals schon alles gut geworden, wenn das Militär seine Machtstellung mit nur halb soviel Verunft und Verständnis ausgenutzt hätte, wie es Severing auf Grund seiner Vollmacht getan. Daß das nicht der Fall war, trug viel dazu bei, daß es den „Revolutionäremachern“ gelang, die Stimmung immer wieder bis zur Siedehitze zu steigern. Hinzu kam der Hunger infolge ungenügender Lebensmittelversorgung. In solcher Atmosphäre war es dann wieder ein Leichtes, die „Maffen“ erneut gegen Zechendirektoren zu hetzen und zu den bekannten Klünderungen zu treiben. Das immer wieder unter der Parole: Luftakt zur Weltrevolution!

Ob man heute darüber lachen soll? Das könnte nur ein Pedant. Im Banne der Massenpsychologie sind die Menschen immer unberechenbar. Und die Treiber jener Zeiten verstanden sich auf Parolen, die Massen in Bewegung bringen konnten. „Sozialisierung des Bergbaues“, „Sechsstundenschicht“, „Weichlagnahme der Lebensmittel und Versorgung nach Bedarf“, „Beseitigung der Direktoren“, „Verwaltung des Arbeitsplatzes durch die Arbeiter selbst“ usw. Hinzu kam, daß man der Arbeiterschaft einredete, daß „sonst überall“ die Arbeiterschaft schon im Sinne der erhobenen Forderungen gestagt hätte. Nur die „Bonzen“ hätten den Sieg an der Ruhr zu vereiteln gewußt und mit dem Kapital gemeinsame Sache gemacht. Beweis: Arbeitsgemeinschaft!

Und dann der Kapp-Putsch! Die „Welt“ hand kopf! Bewaffnetes Militär in Rebellion gegen die neue Zeit! Das peitschte die Herzen auf zu neuem, unbändigem Handel. Die Massen drängten erneut zusammen wie zur Abwehr gegen irgendein Ungeheuer, das zum Sprunge ausgeholt. Der Feind war bewaffnet! Waffen her! Vernunft war Verrat! Die hochfliegendsten Träume verrückt geworden oder durch Verbrennerinstinkt getriebener, damals schon berufsmäßiger Heber und angeblich revolutionärer Klassenkämpfer schienen sich zu erfüllen. Das Volk, das Proletariat, hub zum Sturm an. Wie man sich den Verlauf dieses Sturmes dachte, zeigt der Inhalt eines Flugblattes, das die kommunistische Partei in Essen herausgab und in dem es unter anderem hieß, daß die Demokratie der Mehrheitssozialisten die Arbeiter ins Elend gestürzt habe und daß nur die Diktatur des Proletariats helfen könne.

„Wir kämpfen nicht für die Regierung Ebert-Mosse (gegen die der Kapp-Putsch gerichtet war — Der Verf.), unsere Parole heißt: Gegen die Reaktion, gegen die Verräter am Sozialismus (die Sozialdemokraten — Der Verf.), die Söldner der Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariats!“

An die Zahlstellen des Ruhrgebiets!

Kameraden! Denkt!

in der Zeit vom 24. bis 30. April d. J. an die

Jugendagitation!

In jeder Zahlstelle muss agitiert und versucht werden, alle jungen Bergarbeiter restlos im Verbands zu organisieren. — Genügend Werbematerial steht zur Verfügung u. kann von den Geschäftsstellen nach Bedarf bezogen werden. Sehr wichtig wird auch die Hausagitation sein, wobei jeder Funktionär mithelfen wird. Es geht um die Zukunft des Verbandes, die zum Wohle der Jugend das Organisationswerk der Bergleute krönen soll. — Darum an die Arbeit!

Leber dem, was sich nun vollzog, stand wieder Severing, unterstützt von den Führern der Arbeiterorganisationen, also auch unserer Verbandsleitung. Leben und ehrlichen Namen als Arbeiterführer (nach damaligen Begriffen) aufs Spiel setzend, wirkten diese Männer dann den Absichten jener skrupellosen Heber und politischen Verbrecher entgegen, um wenigstens das Schlimmste von der so unerhört mißbrauchten Ruhrarbeiterschaft und deren Frauen und Kinder abzuwenden. Sie, die Arbeiter, konnten ja damals die Wahrheit nicht sehen. Die örtlich begrenzten Vorgänge innerhalb der einzelnen Wohn- und Zechengebiete, schienen ihnen immer als das Spiegelbild auch der „Außenwelt“. Da fiel so mancher Fluch gegen die Führer, die schon „wieder“ einmal verjagen würden, die zum „Verräter“ geworden seien.

Dann kam das eigentlich Dramatische: die „Vergeltung“ durch das Militär. Beim Lesen dieses Teiles trafen sich die Fingernägel in das Buch ein, das hier wieder davon berichtet. Hier hat er sich, hoffentlich zum letzten Male in Deutschland, noch einmal in seiner ganzen Eigenschaft gezeigt: Der Militarismus im alten Sinne. Hier wandelt sich Abneigung und Widerwillen gegen jenen (Vorkriegs-)Soldatengeist in Daß und Abscheu. Es ist jener Soldatengeist noch, der das Leben nicht am Herz- und Pulsschlag ab-

horcht, sondern am Paradeschritt und am Knat-tern des Gewehrshloises bei „Zum Schuß fertig!“

So liest man denn dieses Buch, jeder in einer eigenen Stimmung. Keiner aber wird sein, der nicht davon profitiert.

Zum Schluß schreibt dann Severing noch ein Mahnwort: „Maffen und Führer“. In kurzen Sätzen zeichnet er noch einmal die Atmosphäre, die zu all dem Geschehen drängte und führt fort:

„In diese Hitze, in dieses Machtbewußtsein der Massen paßten die Mahnungen und Belehrungen der gewerkschaftlichen Führer schlecht hinein. Wer in jenen Tagen versuchte, den Massen die Grenze der Gewerkschaftsmacht und der Durchführbarkeit des Massenwillens aufzuzeigen, war der Bremser, der Bonze, der Verräter.“

Um so üppiger gediehen auf diesem Stimmungsboden die „Führer“, die, ungetrübt von Sachkenntnis und unbeladen von Verantwortung, heute mit sicherem Instinkt die Situation erfaßten und morgen schon als die fähigsten Interpreten des Massenwillens an der Spitze standen.

Einer der interessantesten dieser „Führer“ war der Dortmunder Kommunist Adolf Meiberg... In Münster sah ich ihn, als die blasse Todesangst ihm die Zoga des Demagogen von der Schulter gezogen. Das war kein Anstieg mehr, das war der Sturz. Er blieb zwar am Leben und noch einige Tage auf dem Thron des Härdiktators. Und doch war er gestorben: er hatte den Glauben an sich und an den Sieg der von ihm berufenen Masse verloren. Ein erlösender Komet. —

So ging es mit ihnen allen. In das Unbekannte, woher sie gekommen, sind sie wieder zurückgefallen. Die wirklichen Führer aber sind geblieben, stehen heute noch, trotz aller Heze und Verleumdung. Wenn jene Demagogen und Demagogen auch nur einen Bruchteil dessen in sich vereinigt hätten, was der alten Führung innewohnt, müßten sie nicht heute wenigstens einen Teil der Massen von damals noch hinter sich haben? Erlösende Kometen! Heute muß der letzte einsehen, daß die Politik der damals so verächtlichen Arbeiterführer, auch unserer damaligen und damit auch heutigen Verbandsleitung, die einzig wahre, ehrliche und richtige gewesen. Zeugnis dafür ist der Schreiber dieses Buches — der Genosse Severing. Die damalige Politik des Verbandes und diejenige von Karl Severing war ein und dieselbe. Wer den einen schwächt, beleidigt hier den anderen. Und wo ist der Sozialist, der den Mut hat, einen Stein auf Severing zu werfen? Heute noch? Es müßte denn keiner der Unseren sein.

Wir haben in dieser Besprechung uns davor bewahrt, an einzelnen Abschnitten eine nachträgliche Rechtfertigung für die Verbandspolitik jener Zeiten darzutun, weil wir dem Urteile der Leser hier nicht vorgreifen wollen. Aber jedem einzelnen Arbeiter des Ruhrgebiets raten wir dringend in bezug auf dieses Buch: Lese — denke — handle!

Betriebsratswahlen.

Niedererschleßisches Steintohlenrevier.

Die Betriebsratswahlen im niedererschleßischen Steintohlenrevier fanden in der Zeit vom 22. bis 30. März statt. Auf fast allen Werken entspann sich eine lebhafteste Wahlbeteiligung. Nur auf der Sophiengrube in Sophienau und auf der Fünftensteiner Benzolsfabrik kam es nicht zur Wahl, da sich dort die beteiligten Organisationen auf eine Liste geeinigt hatten. Die Wahlbeteiligung auf den einzelnen Werken schwankte zwischen 71,3 Prozent auf der Rubengrube in Neurode und 90,4 Prozent auf der Davidgrube in Konradstal. Von 28.079 Wahlberechtigten übten 22.680 ihr Wahlrecht aus, das sind im Durchschnitt 80,7 Prozent.

Die freien Gewerkschaften erhielten insgesamt 14.613 Stimmen und 133 Mandate (davon der Bergarbeiterverband 111 Mandate). Die christlichen Gewerkschaften brachten es auf 2340 Stimmen und 10 Mandate. Der Gewertverein Dirsch-Duncker erhielt 1607 Stimmen und 8 Mandate. Infolge Stilllegung der Abendrötegrube wurde der Betriebsrat dieser Grube in Stärke von elf Mitgliedern diesmal nicht zur Wahl gestellt. Vom Betriebsrat dieses Wertes gehörten sieben Mitglieder den freien Gewerkschaften, davon sechs dem Bergarbeiterverband, zwei Mitglieder dem Gewertverein S.-D. und zwei den Angestellten. Vergleichbar mit dem Resultat mit dem Vorjahr, so finden wir, daß unter Abrechnung der Abendrötegrube die freien Gewerkschaften und der christliche Gewertverein je zwei Betriebsratsmandate gewonnen haben und der S.-D. Gewertverein seine bisherige Zahl an Betriebsratsmandaten erhalten hat. Die Angestellten der verschiedenen Organisationen haben sich auf allen Werken auf eine Liste geeinigt und sind mit 23 Mitgliedern in den Betriebsräten vertreten.

Auch die diesjährigen Wahlen haben erneut die überwiegende Stellung der freien Gewerkschaften und des Bergarbeiterverbandes bewiesen. Die gute Wahlbeteiligung ist erfreulich und zeigt deutlich, daß die Belegschaften immer mehr den Wert der Betriebsvertretungen erkennen. Schlecht beteiligt an den Wahlen haben sich lediglich die bei den Bergwerksunternehmern beschäftigten Leute, die einem sehr großen Wechsel unterliegen und noch nicht zu wissen scheinen, daß die Betriebsvertretung des Wertes, auf dem sie beschäftigt sind, auch für sie maßgebend ist.

Im übrigen wäre es wünschenswert, wenn alle Belegschaften nicht nur durch eine gute Beteiligung an der Betriebsratswahl zu erkennen geben würden, daß sie die Betriebsräte für notwendig und nützlich halten, sondern, wenn sie von den Betriebsräten zu Belegschaftsversammlungen gerufen, auch dann Mann für Mann erscheinen und ihre Rechte vertreten würden.

Mitteldeutschland.

Vorläufiges Ergebnis.

Wie zur Stunde liegen die Ergebnisse der Betriebsratswahlen aus 62 Betrieben vor. Insgesamt sind bisher abgegeben 7217 Stimmen, davon haben die freien Gewerkschaften 6316 Stimmen erhalten. Mandate erhielten: freie Gewerkschaften 332, davon Bergarbeiterverband 208, christliche Gewerkschaften 1, S.-D. Gewertvereine 3, Polnische Berufsvereinigung 1, Gelbe und Werks-gemeinschaften 9, Sonstige (Unorganisierte) 7.

Die verhältnismäßig niedrige Stimmenergebnisse ergibt sich daraus, daß auf einer Anzahl von Betrieben Wahlen überhaupt nicht stattgefunden haben, weil nur eine Liste eingereicht war. Jedemfalls wird niemand bestreiten können, daß die freien Gewerkschaften mit dem Bergarbeiterverband an der Spitze die unbestrittene Führung haben.

Von 333 Mandaten haben also die freien Gewerkschaften allein 332 erhalten. Die Hoffnung der Arbeitgeber auf große Erfolge ihrer Schutztruppe ist völlig zerfallen.

Bezirk Zeitz-Altenburg-Salzungen.

Die Betriebsratswahlen zeitigten im hiesigen Braunkohlenrevier folgendes Ergebnis: Auf 31 Betriebsanlagen wurden 203 Betriebsräte gewählt. Dieselben verteilen sich folgendermaßen:

Bergarbeiterverband	115 Mandate
Metallarbeiterverband	31 "
Maschinen- und Holzerverband	15 "
Fabrikarbeiterverband	7 "
Sonstige freie Gewerkschaften	3 "
Werksvereinigung	2 "

Mit dem Ausgange der Wahl haben die gelben Sumpfpflanzen eine vollständig glatte Niederlage erlitten. Trotz der Anstrengung, die sie gemacht haben, konnten sie nur zwei Sitze erreichen.

Im Schiefergebiet liegen bisher von 11 Betrieben die Nachrichten vor. Dort wurden 55 Betriebsräte gewählt. Diese Sitze fielen dem Bergarbeiterverband reiflos zu.

Bezirk München.

Bei der diesjährigen Betriebsratswahl im Bezirk München erhielten die freien Gewerkschaften 152 Mandate, davon der Bergarbeiterverband 130, die christlichen Gewerkschaften 22 Mandate und die Gelben 8 Mandate, das sind zusammen 182 Mandate. Die freien Gewerkschaften haben die Zahl ihrer Mandate gegenüber dem vergangenen Jahre um 19 vermehrt, während die christlichen Gewerkschaften 10 Mandate verließen.

Die Lohnordnung für den sächsischen Steintohlenbergbau gekündigt.

Die am Tarifvertrag beteiligten Arbeiterorganisationen für den sächsischen Steintohlenbergbau haben am 31. März 1927 die Lohnordnung gekündigt. Die Bergarbeiter fordern hinsichtlich der geringen Lohnhöhe im Oktober 1926 und der durch die Mietzinssteigerung eintretenden Erhöhung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel eine Erhöhung der Grundlöhne um 10 Prozent für alle Arbeitergruppen. Entsprechend der erhöhten Grundlöhne sollen Dauer-Mindest- und Durchschnittslohn erneut festgesetzt werden. In Funktionsbesprechungen ist die Lohnspanne zwischen den Löhnen der Gruben- und Tagesarbeiter besonders erörtert und hingewiesen worden, daß bei der kommenden Lohn-erhöhung die Zusatzlöhne der Tagesarbeiter in angemessener Höhe geregelt werden möchten.

Bei den Betriebsratswahlen im Zwickauer Revier und Plauenischen Grund ist die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß nur eine Liste (des Bergarbeiterverbandes) eingereicht war und fast annehmungslos, wie im Vorjahre, die Betriebsräte wiedergewählt sind. In der Werbezelle sind in beiden Revieren — Zwickau und Plauenischer Grund — 320 Mitglieder neu gewonnen worden. Die Werbearbeit ist noch nicht beendet.

Lohn- und Arbeitszeitfragen sind in fast allen Revieren aufgerollt und es bedarf keines besonderen Hinweises, daß gewerkschaftliche Erfolge von der gewerkschaftlichen Stärke ihrer Mitglieder bestimmt werden. Verteidigende Ergebnisse bei unseren Forderungen werden wir dann erzielen, wenn wir die Unorganisierten und jäumigen Arbeiter für die Organisation wiedergewinnen. Deshalb: Hand ans Werk zur tatkräftigen Agitation!

Kalibergbau.

Die Verhandlungen über die streitigen Tarif- und Arbeitszeitfragen im Kalibergbau finden am 26. April in Berlin statt.



Aus dem Kreise der Kameraden

Unsere Toten.

Zahlstelle Linden-Dahlhausen. Am Dienstag, den 12. April, starb, 67 Jahre alt, nach vierwöchigem Krankenlager unser langjähriger Vertrauensmann Hermann Krampe. Mit dem Verstorbenen ist wiederum einer der alten Pioniere von uns geschieden. Er gehörte zu den Gründern des Bergarbeiterverbandes, gründete 1889 die Zahlstelle Dahlhausen I und war bis 1918 Vertrauensmann derselben. Sein Leben war dem Ringen der Bergarbeiter gewidmet. Unter den lebenden Kameraden dürften nur noch wenige vorhanden sein, die von sich sagen können, dreißig Jahre ununterbrochen als Vertrauensmann einer Zahlstelle gewirkt zu haben. Bei Schaffung der Bergwerkbetriebe für das Ruhrrevier Mitte der vierziger Jahre wurde er als Beisitzer gewählt. Diese Funktion übte er neben seinem Vertrauensposten Jahrzehnte hindurch aus. Das in ihn gesetzte Vertrauen hat Krampe in aller Zeit in vollstem Maße gerechtfertigt. Im Jahre 1919 wurde der Verstorbene zum Gemeindevorsteher von Dahlhausen gewählt und ist mehrere Male einstimmig wiedergewählt worden. Wenn es galt, gegen Willkür und Unverständnis auf dem Posten zu sein, stellte Krampe stets seinen Mann. Durch sein offenes und ehrliches Wesen, seine Bereitwilligkeit, in allen Lebenslagen seinen Mitmenschen ein treuer Berater und Helfer zu sein, hat er sich nicht nur das Vertrauen der Kameraden, sondern auch die Sympathie der anderen Bevölkerungskreise erworben. Dieses kam auch zum Ausdruck in einer sehr zahlreichen Beteiligung am Begräbnistage. Von unserer Organisation sprach an seinem Grabe Kamerad Husemann. Er schilderte das Leben und Wirken des Verstorbenen.

Nun ruht unser Freund vom Kampf aus! Wir aber wollen bestrebt sein, in seinem Sinne weiter zu arbeiten. Wir verlieren in dem Entschlafenen einen allezeit gewissenhaften Förderer unserer Sache und einen hilfsbereiten Kameraden. Das ganze Leben des von uns Geschiedenen war rastlose Arbeit im Dienste der Arbeiterbewegung. Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Banne. Am 3. April starb unser langjähriges Mitglied Edward Jeeft im Alter von 60 Jahren. Dem Bergarbeiterverband gehörte der verbliebene Kamerad 26 volle Jahre an. Zwanzig Jahre war er Knappschaftsältester. Die Zahlstelle hat einen pflichtbewussten und gewissenhaften Funktionär verloren. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Zahlstelle Weimar II. Am Sonntag, den 3. April, starb nach mehrmonatiger Krankheit infolge Magenkrebses unser Kamerad Georg Wolf im Alter von 51 Jahren. Er war stets einer der ersten, wenn es galt, für die Gewerkschaft und Parteibewegung zu kämpfen. Ehre seinem Andenken!

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Erfolge unseres Rechtsschutzes im Bezirk Köln.

Wie die Rechte der Bergarbeiter geschützt werden, wenn sie dem Bergarbeiterverband als Mitglieder angeschlossen sind, beweist nachstehender Jahresbericht der Rechtsschutzabteilung für 1926. Nur durch die Vertretung des Verbandes war es möglich, den Kameraden zu ihrem Rechte zu verhelfen. Auch mancher Witwe, welche schicksallos dastand, ist durch uns zu ihrem Rechte verholfen worden.

Rechtsschutzabteilung:

Die Zahl der Ansuchensteller betrug	1516 Personen
Arbeiterversicherung	781 "
Arbeits- und Dienstvertrag	172 "
Betriebsratsgesetz (Beschlußverfahren)	11 "
Bürgerliches Recht und Diverse	62 "
Gemeinde- und Staatsangelegenheiten	82 "
Straf-, Vereins- und Versammlungsrecht	16 "
Arbeiterbewegung	6 "
Ungeleitete Schriftsätze	1361 "
Als erfolgreich wurden gemeldet	122 Fälle

An Barbeträgen sind durch den Rechtsschutz für die Mitglieder folgende Beträge herausgeholt worden:

Nachzahlungen an Knappschafts- und Reichsge- sellschaften Invalidentrenten	9089,70 Mk.
Nachzahlungen an Unfallrente	4500,46 "
Zurückstellungen von Steuern	3546,40 "
Zusammen:	17136,56 Mk.

Außerdem sind im Jahre 1926 an persönlichen Vertretungen übernommen worden: an den Gewerbreichten 96, an Ober- und Unterbergamts- und Knappschafts-Überwachungsämtern 28, an ordentlichen Gerichten 24, zusammen 148 Vertretungen. Rechtsschutzstunden wurden in 273 Tagen von unseren Angestellten abgehalten. Diese Erfolge unserer Rechtsschutzabteilung müssen von unseren Mitgliedern bei der Agitation unter den Bergarbeitern genügend ausgenutzt werden!

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Lugau-Delsnitzer Knappschaftsältestenkonferenz.

Für den Bezirk Lugau-Delsnitz fand am 3. April eine fast vollständig besuchte Knappschaftsältestenkonferenz statt, zu der auch Vertreter der im Bergbau tätigen Betriebsräte hinzugezogen waren. Das Mitglied des Bezirksvorstandes der Sächsischen Knappschaft, Kamerad Fritsch-Lugau, der gleichzeitig Vorsitzender der Sächsischen Knappschaft ist, gab einen ausführlichen inhaltreichen Bericht über die Tätigkeit des Bezirksvorstandes seit dessen Neuwahl. Kamerad Fritsch ging von der durch die Knappschaftsnovelle bedingten Aenderung des Reichsknappschaftsgesetzes aus, wonach auf Grund der geänderten Verfassungsbestimmungen dieses Gesetzes eine neue Sitzung und Sondervorschriften geschaffen und neue Organe gewählt werden mußten. Alle diese umfangreichen Arbeiten sind nunmehr erledigt. Die neuen Organe sind an der Arbeit. Ueber die bereits geleistete Arbeit erstreckte sich nun der Bericht, dessen Einzelheiten anzuführen zu weitgehend sein würde.

Mit einigen Ausführungen mußte sich Kamerad Fritsch auch mit der gefälligen Art und Weise beschäftigen, der sich einige Vertreter des Verbandes der Invaliden bedienen. Nach den vorliegenden Berichten und auf Grund eigener Erfahrungen muß leider festgestellt werden, daß von den betreffenden Leuten geradezu gegen alles Geheiß und Gemüht wird, was nur irgendwie mit der Knappschaft zusammenhängt, ganz gleich, ob es den Bergarbeiterverband, die Mitglieder des Bezirksvorstandes oder die Verwaltung der Sächsischen Knappschaft betrifft. Der schlimmste Demagoge ist der als Bezirksleiter des Invalidenverbandes in Delsnitz dominierende Knappschaftsinvalide Sonntag.

Die Ansprache über den Bericht war von großer Sachlichkeit und Interesse getragen. Wo die Einzelheiten des Berichtes nicht gleich ganz verstanden und voll erfaßt worden waren, wurde die notwendige Erläuterung noch gegeben. Eine Anzahl der Anwesenden mußte leider die wichtige Kampfesweise des Invalidenvertreter's Sonntag bestreiten. Ein Aelterster berichtete, daß er

schon dreimal Gelegenheit gehabt habe, Invalidenversammlungen beiwohnen, wo Sonntag referierte, wobei aber jedesmal der Alkohol eine beredete Sprache mit gesprochen habe. Kommentar überflüssig! Nun eine Anfrage an die Mitglieder des Invalidenverbandes: Habt Ihr keinen würdigeren Vertreter als diesen Sonntag?

Die Konferenz fand ihren Niederschlag in der einstimmigen Zustimmung und Anerkennung, daß die Versichertenvertreter im Bezirksvorstand der Sächsischen Knappschaft voll und ganz im Einverständnis nicht nur der Knappschaftsältesten, sondern auch der anwesenden Betriebsräte gehandelt haben. Zum Schluß wurden noch einige Wünsche zum Vortrag gebracht, deren Erfüllung von den anwesenden Vorstandsmitgliedern zugesagt wurde. Nach fast sechsstündiger Verhandlung fand die Konferenz ihr Ende.

Jahreskonferenz des Bezirkt Senftenberg.

Am 27. März fand im Konzerthaus Altmann in Cottbus die Jahreskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für den Bezirk Senftenberg statt. Vertreten waren 25 Zahlstellen durch 36 Delegierte. Vom Hauptvorstand nahm Kamerad Walke und vom Bezirksauschuß des A.D.B. Kollege Wolmer'shaus an der Konferenz teil.

Den Geschäftsbericht für das Jahr 1926 erstattete der Bezirksleiter Priemig. In seinem Bericht wies er auf die umfangreiche Tätigkeit hin, die von der Organisation mit Hilfe ihrer Funktionäre in den Zahlstellen und in den Betrieben geleistet worden ist. Die Stilllegungen und Betriebsbeschränkungen, die Maßnahmen der Funktionäre sind alle nicht in stande gewesen, der Organisation Abbruch zu tun, denn es ist nicht nur gelungen, den Mitgliederstand zu halten, sondern auch noch einen kleinen Mitgliederzuwachs zu erreichen.

Kamerad Walke sprach über die Frage der Arbeitszeit. Ausgehend von dem Zusammenbruch der Währung im Jahre 1923, der Stabilisierungskrise, der Stilllegungen und Entlassungen im Bergbau bis zur gegenwärtigen Zeit, zeigte er, daß die Leistung der Arbeiterklasse gewaltig gestiegen ist, daß namentlich der Bergbau ganz gute Ueberschüsse abwirft und daß es notwendig ist, daß die Arbeiterklasse einer Erwerbslosigkeit teilhaftig wird. Der Staat kann einen Zustand, der 2 Millionen Menschen aus dem Produktionsprozess ausschaltet, die übrigen übermäßig lange arbeiten läßt, nicht ertragen. Schon von diesem Gesichtspunkt aus ist eine Verkürzung der Schichtzeit und die Einreichung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess ein dringendes Erfordernis. Notwendig sei aber, daß die Arbeiter in den Braunkohlengruben mehr wie bisher sich an dem Kampf zur Verkürzung der Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau beteiligen.

Diesen Ausführungen schloß sich eine eingehende Aussprache an. Alle Diskussionsredner schloßen die Haltung des Verbandes und der Bezirksleitung und wiesen in Beispielen aus den Betrieben die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau nach.

Ein Diskussionsredner, der zwar nichts gegen die Verbands- und Bezirksleitung sagen konnte, mußte den Auftrag erfüllen, eine sogenannte Entschließung der Kommission anzubringen, die ihm aufgetragen war. Bei der Abstimmung wurde diese Entschließung gegen die Stimme des Antragstellers einmütig abgelehnt. Ungekommen gegen die Stimme dieses Redners wurde die nachstehende Entschließung:

Die am 27. März 1927 im Lokal Altmann in Cottbus tagende Konferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands im Bezirk Senftenberg erklärte sich mit der Tätigkeit und Haltung des Vorstandes und der Bezirksleitung einverstanden und spricht ihr das Vertrauen aus. Die Delegierten verlangen mit aller Entschiedenheit eine Verkürzung der Arbeitszeit. Der von der jetzigen Regierung vorgelegte Entwurf trägt den Bedürfnissen der Braunkohlensarbeiter keine Rechnung und ist für sie unannehmbar. Sie beauftragen die Organisationsleitung, die Lohnfrage zu gegebener Zeit einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Die Delegierten versprechen, in ihren Betrieben mit allen zur Verfügung stehenden Kräften dahin zu wirken, daß die Organisation gestärkt wird, um durch eine starke Organisation ihre Ziele zu verwirklichen.

Süddeutschland.

Dem Haushamer Bergbauangestellten zur Belehrung.

Im „Miesbacher Anzeiger“ vom 30. März d. J. erschien ein Artikel, unterschrieben von „einem Haushamer Bergbauangestellten“, über das Reichsknappschaftsgesetz. Wenn Unternehmer über das Reichsknappschaftsgesetz schimpfen und in Zeitungsartikeln ihren Mißmut darüber zum Ausdruck bringen, so kann man dies noch einigermaßen verstehen; wenn aber ein Bergbauangestellter in einer so unverantwortlichen Weise gegen die schon Jahrhunderte alte Rentenversicherung der Bergleute heßt, so muß jeder vernünftige Mensch daran zweifeln, ob der Artikelschreiber bei Abfassung des Artikels bei klarem Verstande war, oder ob er wirklich Bergbauangestellter ist. Wenn der Herr „Angestellter“ glaubt, seine eigenen Berufskollegen, also die wirklichen Bergbauangestellten, des Diebstahls an der Rentenkasse bezichtigen zu müssen, so ist dies, zwar vom Standpunkt der Allgemeinheit aus gesehen, zu bedauern, es ist aber dann doch noch eine Sache, die die Angestellten allein angeht, und die vernünftigen Angestellten werden schon dafür sorgen, daß dieses Verbrechen genügend gebrandmarkt wird. Wenn aber der Herr „Angestellter“ sich bemüht fühlt, auch den Bergarbeitern einige Seitenhiebe zu versetzen und glaubt, denselben Futtertrippenswirtschaft vorwerfen zu müssen, so ist es Pflicht der Bergarbeiter, eine solche gewissenlose Debe aufs Schärfste zurückzuweisen. Der Herr „Angestellter“ soll sich zuerst einmal auf seinen Hosenboden setzen und das Knappschaftsgesetz studieren und, wenn er dann noch einigermaßen klaren Verstand hat, was man ja nach der Abfassung des Artikels sehr stark bezweifeln kann, dann wird er selbst finden, daß die Angestellten- und die Arbeiterrentenkasse vollständig getrennt sind, und daß ihn deshalb die „gutbezahlten“ Versichertenvertreter in den Bezirksknappschaftsvereinen gar nichts angehen. Der sollte es nur Mergel sein, daß ein Arbeitervertreter in die Knappschaft gekommen ist und der Herr Artikelschreiber als „Angestellter“ nicht? Also, Herr Bergbauangestellter, bekümmern Sie sich weiterhin nicht mehr um die Rentenversicherung der Bergarbeiter, da sich dieselben von Ihnen ja doch nichts vorreden lassen, und bedenken Sie vor allem, daß Sie mit Ihrem Artikel ja nur die Interessen der Unternehmerdarfmadler im Bergbau vertreten, die lieber heute wie morgen die Rentenversicherung im Bergbau beseitigen wollen und daß sie mit solchen Artikeln sich selbst (wenn Sie wirklich Bergbauangestellter sind, was noch sehr stark bezweifelt wird) und Ihre Berufskollegen am allermeisten schädigen.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 17. Woche (vom 17. bis 23. April) fällig. Wir bitten alle Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Das Mitglied Valentin Blagel (S.-Nr. 34442), Zahlstelle Büll, wird wegen Verbandschädigung aus unserem Verband ausgeschlossen. Wieder aufgenommen werden die ausgeschlossenen Kameraden Emanuel Midallit und Anton Wragel, Zahlstelle Bobret (Obererschleßen) und Philipp Reinert, Zahlstelle Dudweiler (Saar).

Weimar II. Jedes Mitglied hat im Monat April eine Kranzspendemarke zu fleben.

Ohne Organisation kein Fortschritt!

Ein Beitrag zur Jugend-Werbearbeit.

Jugendnot.

Schon in zarter Jugend tritt der Knabe als Arbeiter bei den Kohlenwerken ein. Sein geringer Verdienst ist in der Familie nötig und wird als willkommenes Zusatzeinkommen betrachtet; der zehnjährige (1) Pöckel wird am frühen Morgen von seinem Vater geweckt. Dann muß er hinaus in die dunkle Herbst- oder Winternacht; ob es auch regnet oder stürmt, er darf es nicht achten. Glückselig derjenige, welcher noch ein Butterbrot hat; leider aber können oft die Brotbeutel der armen Jungen häufig nur mit trockenem Brote färglich gefüllt werden; und dabei dauert die Arbeit zwölf Stunden, und wenn der Junge nach Hause kommt, so haben seiner selten noch was häusliche Arbeit, welche er entweder mit seinem Vater gemeinschaftlich oder auch für sich verrichtet. Das ist die Jugend des Bergmanns, bei welcher er sich, ausfallend genug, in der Regel einen heiteren Sinn erhält. Er durchläuft nun die verschiedenen Arbeitsstufen und gelangt endlich zur Grubenarbeit. Jetzt muß er die unterirdischen Pfunde kennen lernen und mancher hat schon in der ersten Arbeitstage seinen Tod gefunden, weil er die Gefahren der Tiefe nicht kannte oder zu gering achtete. Wenn dieses aber auch nicht der Fall ist, der Bergmann wagt doch täglich sein Leben. Außerdem werden die ungesunden Grubenluft, der Pulver- und Seidampf und alle die den Grubenweibern beigelegten schädlichen Gase häufig Ursache, daß die Lunge des Bergmanns den ungünstigen Einflüssen unterliegt, denn meistens in dem kräftigsten Mannesalter sterben die Leute an der furchterlichen Vergiftung.

(Aus einem Bericht des Berggeschworenen Schell über die Zustände im Harzer Bergbau um die Mitte des vorigen Jahrhunderts.)

Nach dem Bericht mußten also schon zehn- und elfjährige Kinder täglich 12 Stunden Kohlenarbeit verrichten. Elvirige Zustände waren damals keine Seltenheit. Nach amtlichen Berichten wurden besonders in England Tausende von Kindern in Bergwerken beschäftigt. In Deutschland besaßen in Preußen wurde 1839 die Gruben- und Fabrikarbeit für Kinder unter neun Jahren verboten.

Denn kommen uns diese Elendszustände und -schilderungen fast ungläublich vor. Deshalb müssen wir fragen: Wer sorgte für besseren Jugendschutz? Waren es die Unternehmer? War es eine königliche Regierung? Oder war es der Appell der Gewerkschaften an das soziale Gewissen? War es nicht die kämpfende organisierte Arbeiterkraft?

Zuchthäuser statt Schulen.

„Man sorgt hier, wie die bittere Erfahrung lehrt, zunächst für Zuchthäuser, und als Beweis dafür führe ich an, daß in einer kurzen Zeit vier neue Strafanstalten schon errichtet worden sind, und daß eine fünfte im Bau begriffen ist. Es ist aber seit Jahren kein neues Schulsystem ins Leben gerufen worden, ja, über den Bau jener Anstalt ist der Bau eines neuen Schulhauses in Antonienhütte auf Befehl des Grafen Hugo Kündel v. Donnerstern auf Siemianowiz sogar stillgesetzt worden.“

(„Sächsische Zeitung“ vom 1. 8. 1855.)

„Ich erspare es dem Leser, mir in eine jener abgelegenen, von der Kultur noch nicht berührten Zinkblütten zu folgen, wo die Arbeiter familiemäßig in dunklen Kammern zusammengedrückt sind, ihre nackten Kinder in Schmutz und Staub sich wälzen und hilflose Kranke tagelang in der Höhle (Zug- und Abfentanal) eine Zuflucht suchen. Solche Wilder werden zwar gottlob immer seltener, sind aber, und auch das ist schlimm, noch da. Wo es nun keine Anaptschaft gibt, was wird da aus dem arbeitsunfähigen, dem altersschwachen Arbeiter, was aus seiner Witwe, seinen Kindern, wenn er gestorben? Sie fallen alle der Gemeindefürsorge anheim, oder auch nicht, was bei uns fast daselbst bedeutet; aber sie betteln, strolchen, stehen, das letztere tun sie auffallenderweise noch nicht so oft als anderswo.“

(„Schlesische Zeitung“ vom 11. 2. 1857.)

Wer hat sich nun in den letzten Jahrzehnten um die Hebung der materiellen und geistigen Lage des Bergarbeiterstandes bemüht? Wer sorgte für Arbeiterbildung und menschenwürdigeres Dasein? Wer?

Lange Arbeitszeit, niedriger Lohn

Die Schichtarbeitszeit ist eine vierzehnstündige. Eigentlich existiert das Doppelschichtensystem, das heißt, es müssen auf den Arbeitstag zwei achtschündige Schichten verfahren werden. Da jedoch durch Ein- und Ausfahrt ca. 2 Stunden auf die Doppelschicht beim Stehenbleiben der Belegschaft im Schacht erspart werden, so werden nur 14 Stunden inklusive Ein- und Ausfahren zum Arbeitstag gerechnet. Es müssen z. B. bei der Frühschicht die Arbeiter um 5 Uhr auf dem Schachte sein, sich das nötige Holz zur Schachtzimmerung schneiden und vorrichten, dann gegen 5 1/2 oder 6 Uhr wird ein- und um 5 Uhr abends zutage ausgefahren. Die Arbeit geht ununterbrochen ohne Frühstück- und ohne Beizezeit fort, nur mittags wird eine Stunde geruht, aufgesetzt. Bei der Nachtschicht findet dasselbe Verhältnis statt, und zwar so, daß die Arbeiter nachmittags 1 Uhr auf dem Schachte sein müssen und früh 6 Uhr ausfahren, es ist sonach die Tagsschicht dreizehn, die Nachtschicht vierzehnstündig.

(Aus einer Petition der sächsischen Bergarbeiter 1880 an das Agl. Ministerium.)

Nachdem durch das Gesetz vom 21. Mai 1860 eine Mitwirkung der Bergbehörden bei Festsetzung des Schicht- und Gehingelohnes nicht mehr stattfindet, findet die Festsetzung der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes von den Gewerkschaften (Unternehmern) ganz nach Belieben statt. Von ihnen ist seitdem die Arbeitszeit zwangsweise so übermäßig verlängert worden, daß bei der ohnehin schon so ungesunden Arbeit viele Bergleute bereits mit 30 bis 35 Jahren arbeitsunfähig werden, zudem die Gewerke unseren Lohn auch so niedrig gestellt haben, daß er kaum hinreicht, uns die nötigsten Lebensbedürfnisse zu verschaffen. — Auf den meisten Bergern ist jetzt eine 10- bis 12stündige Schicht eingelegt, zudem bewert die Forderung der Leute meist noch zwei Stunden. Bei alledem sind die Gehinge so niedrig gestellt, daß wir trotz der übermäßigsten Anstrengungen allgemein in den drückendsten Verhältnissen leben.

Aus einer Eingabe der Bergleute von Eissen 1867 an den preussischen König, wodurch die Lage der Bergarbeiter zu dieser Zeit treffend geschildert und zugleich bewiesen wird, daß die unzufriedenen Bergarbeiter glaubten, durch Bittschriften ihr schweres Los erleichtern zu können.

Wahrheit kommt es denn aber, daß ihr unsere Ideen teilt, unsere Anachten und Bestrebungen mit eurer Sympathie begleitet, daß ihr noch nicht eingezogene Mitglieder seid? O, ich kenne den allbekanntesten Grund dieser Erscheinung wohl! Man klatscht Beifall, sympathisiert, aber man läßt gewähren und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung teilzunehmen, die andere mit ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich aber frage euch: Ist das ein männliches, ist das eines Arbeiters würdiges Benehmen? Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Schmarotzer, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit lebt und da ernten will, wo er nicht gesät hat? ... Euch also, die ihr nicht von fremder Arbeit leben wollt und da ernten, wo ihr nicht gesät, euch, die ihr mich mit eurem Beifall und Akklamationen begleitet, euch ermahne ich zur Scham! Lass alle.

Almosen — keine Rechte.

Als im Jahre 1871 die sächsischen Bergarbeiter zu den ersten Organisationsversuchen kamen, wurden in einer Delegiertenversammlung am 5. September in Zwickau von einzelnen Kameraden folgende Vordräge gegeben:

Schaffler (Wildenfels) berichtet, sein Schwager sei verunglückt und gestorben. Er hinterließ die Frau mit vier Kindern im Alter von 3 bis 11 Jahren. Die Frau suchte sich durch Waschen und Scheuern zu ernähren. Da diese Arbeit aber nicht einmal für Nahrung und Wohnung das Notwendigste für sie und ihre Kinder abwarf, so wandte sie sich an den Werkdirektor. Um 9 Uhr bei demselben angekommen, fand sie die Türen verschlossen, es wurde ihr gesagt, sie solle um 12 Uhr kommen. Als sie um 12 Uhr wiederkam, wurde sie wieder fortgeschickt, weil der Herr Direktor beim Essen sei. Als sie um 12 1/2 Uhr wiederkam, konnte sie immer noch nicht den Herrn Direktor sprechen, da er schlief. Endlich gelang es der Witwe, durch ihre Tränen den Direktor zu veranlassen, ihr eine Extraausfertigung von jährlich 25 Thalern zu gewähren.

Krause (Zugau): Ein Arbeiter der Niederwürschnitzer Anaptschaftskasse hatte 14 Jahre diese Beiträge gezahlt, wurde darauf hinausgemangelt und verlor somit jeden Anspruch auf Unterstützung.

Grundig (Zelnsig): Auf dem Hedwigschachte wurde ein Arbeiter Grummert, welcher 18 Jahre dort arbeitete, entlassen (vermutlich, weil er sich zu dem im Jahre 1870 stattgehabten Bergarbeiterkongress in Zwickau mit unterschrieben hatte) und verlor somit auf die Anaptschaftskasse jeden Anspruch. Grummert war früher Fünfziger. Er geistete öfters, daß Arbeiter, welche lange Jahre hindurch gearbeitet haben, bei beginnendem Alter entlassen werden. Die Absicht sei, das Invalidengeld nicht zahlen zu müssen.

Das sind nur einige kleine Beispiele über die knappschaftlichen Verhältnisse in früherer Zeit. Im Vergleich zu heute muß man sich fragen: Wie kam die Reichstnappschaft zustande? Wer vertritt in ihr die Interessen der Hunderttausend Invaliden und Witwen? Sind es etwa die unorganisierten gleichgültigen Arbeiter?

Schlambäder statt Brausen.

Die nachteiligen Einflüsse der noch vielfach engen und schmutzigen Wohnungen werden zum Teil dadurch gehoben, daß der Bergmann entweder täglich ein Bad nimmt oder auf andere Weise seinen Körper mit Wasser abspült. (Man teilt der Natur mit, daß auf den Gruben Wadenbassins oder Brausebäder bereit stünden.) Wie gesagt, begeben sich nicht sämtliche Arbeiter in die Waschküche; vielleicht durchschnittlich der zehnte Teil entfernt sich ungewaschen mit dem kohlschwarzen Gesicht von dem Beschäftigten, um die Waschung zu Hause vorzunehmen. Man hat mit Unrecht behauptet, daß die heimkehrenden schwarzen Bergleute sämtlich unordentliche Leute seien. Bei einem Teil mag dies der Fall sein, manche aber, namentlich die alteingesessenen Arbeiter aus Köllertal, verschmähen das schmutzige Wasser der Waschküchen und jenseits die Anlagen der Waschanstalten, welchen sie in den gemeinsamen (!) Wannenbädern ausgehört sind. Abgesehen von diesen tatsächlich begründeten moralischen Bedenken müssen die gemeinsamen Wannenbäder durchaus als verwerflich vom hygienischen Standpunkt aus bezeichnet werden. In der Regel herrscht in der Kasse großer Schmutz; das Wasser ist grauschwarz bis kohlschwarz, was erklärlich ist, da in einem Bassin von etwa 10 Quadratmeter und etwa 1 Meter Wasserstand in einem und demselben Wasser (!) 300 bis 500 Mann (!), deren Körper mit Schweiß und Grubenschmutz bedeckt ist, sich zu säubern suchen. Es liegt hier die Gefahr der Uebertragung ansteckender Krankheiten vor, zumal der Badende, um sich den Kopf zu reinigen, gehörig untertauchen muß (!) und manchmal etwas von dem Wasser verschluckt.

(Aus einem 1897 erschienenen Bericht von Dr. Tenholt-Ruhrgebiet)

Kommentar überflüssig!

Ein Ruf nach Einigkeit.

Kameraden! Es geht ein Ruf an euch zur Vereinigung aller Bergleute! Daß es an der Zeit, unsere Zersplitterung und Unvereinbarkeit jenerer Lage zu geben, das brauchen wir euch nicht in langer Rede auseinanderzusetzen; das lehren einen jeden die Lohnabzüge und der Druck der letzten Jahre. Als die Zeit des Gründerschwindels und des Börjenschwunders war, da hat man nicht danach gefragt, ob die Bergleute, welche doch die wertvollsten Schätze mit Mühsal aus dem Boden der Erde hervorholten, ein menschenwürdiges Dasein hätten, aber als die Geschäftskatastrophe kam, da hieß es logischer, die Arbeitslöhne müssen herabgesetzt werden, damit die Dividenden keinen Schaden leiden. ... Jetzt bessere sich das Geschäft, die Kohlenpreise steigen, aber eine Lohnaufbesserung wolle man nicht zugeben. „Alles dieses sind Zustände, die uns gebieterisch zurufen, daß wir jetzt allen Zwist und Streit fahren lassen müssen, um gemeinsam einen großen Bund zu schließen. Sind jemals die Börjenspekulanten, welche doch gerade mit ihrem Aktienchwandel das Fett von der Suppe schöpften, darüber uneins geworden, daß sie Christen oder Juden, Liberale oder Reaktionäre, Freimaurer oder Synagogenbrüder waren? Nun wohl, wir verfolgen einen durchaus gerechten Zweck, durch Einigkeit wollen wir erzielen, daß eine ehrenhafte, gerechte Behandlung aller Kameraden stattfindet, und daß die heruntergebrachten Löhne entsprechend gesteigert werden. Damit verfolgen wir nicht nur unserer Familien erstes Interesse, sondern auch ein sittliches Ziel, denn nur dann, wenn das Volk ein menschenwürdiges Dasein hat, kann dem Verderben und Verbrechen, welches die Not mit sich bringt, kräftig entgegengegearbeitet werden.“

Diese Worte aus einem Aufruf aus dem Jahre 1877 passen auch noch in unsere Zeit. Den „Gründerschwindel“ brachte uns besonders die Zeit der Inflation. Zwist gibt es auch heute noch unter den Bergarbeitern. Wie lange noch?

Forderungen eines Verbandes.

Auf dem ersten Delegiertentag des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands zu Halle im Jahre 1890 wurde u. a. folgende gefordert:

1. Achtstündige Schichtzeit mit Ein- und Ausfahrt auf allen Gruben Deutschlands;
2. Minimallohn von 4 Mark für Dauer;
3. Aufhebung des Wagnensullens und der daraus hergeleiteten Strafen;
4. Einführung von Schiedsgerichten, die durch Bergarbeiter zu wählen sind;
5. Einrichtungen, welche die Gesundheit und das Gemeinwohl fördern, vermehren und bessern;
6. Unbeschränkte Freizügigkeit innerhalb deutscher Anaptschaftsbezirke ohne Schädigung der Anaptschaftsrenten und freie Arztwahl;
7. Verbot der Schwarzen Listen.

Diese Forderungen galten damals als das erstrebenswerte Ziel. Heute sind sie nicht nur verwirklicht, sondern die Basis der Gewerkschaftsarbeit hat sich erheblich erweitert. Trotzdem gibt es immer noch Arbeiter, die nicht den Wert einer Organisation einsehen wollen.

Erfolge des Verbandes innerhalb vier Monaten.

Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier wurde ab Januar infolge eines gewerkschaftlichen Tarifkonflikts die Arbeitszeit für die Belegschaft unter Tage um 25-30 Minuten täglich verkürzt. Für die Belegschaft über Tage trat eine wesentliche Verkürzung von 1 1/2 Stunden ein. Inzwischen ist ein neuer Tarifkonflikt ausgebrochen, der den Tagesarbeitern eine weitere Verkürzung der täglichen Arbeitszeit in Aussicht stellt.

Im Siegerländer Eisensteinsbergbau wurden zu Anfang dieses Jahres die Schichtlohnsätze um 10 Prozent erhöht.

In Niederschlesien wurde ab 1. Februar der tarifliche Dauermindestlohn um 14 Prozent, alle anderen Tariflöhne für Untertage um 10,7 Prozent und solche für die Ubertagebelegschaft um 6,2 Prozent erhöht.

Im sächsischen Bergbau wurden auf Vorschlag des Verbandes ab 1. März die Löhne für Jugendliche von 14-50 Prozent erhöht.

Im Ruhrgebiet bringt ein Schiedsspruch den Ubertagearbeitern in nicht durchgehenden Betrieben (es sind ungefähr 60 000 Mann) ab Mai eine Verkürzung der täglichen Schichtzeit um 2 bzw. eine Verkürzung der reinen Arbeitszeit um 1 Stunde; außerdem drei Tage bezahlten Erholungsurlaub für Jugendliche, nebst anderen Verbesserungen. Inzwischen ist auch von den Gewerkschaften die Lohnordnung gekündigt worden.

In Oberschlesien ist es gelungen, die Schichtzeit für die Untertagebelegschaft um eine halbe Stunde täglich zu verkürzen, indem ab 1. März und 1. September je eine Viertelstunde weniger gearbeitet zu werden braucht.

Im Aachener Steinkohlenrevier ist eine Verkürzung der Arbeitszeit für die Tagesarbeiter in nicht durchgehenden Betrieben und für die Untertagebelegschaft eine viertelstündige Schichtverkürzung ab 1. September erreicht worden.

Die erwähnten Verbesserungen wurden durch gewerkschaftliche Arbeit und in langwierigen Verhandlungen erreicht. Die Erfolge konnten größer sein, wenn alle Arbeiter, die dadurch begünstigt werden, organisiert wären. Ob es immer noch Leute gibt, die angelegentlich der erwähnten Erfolge — und es sind trotz ungeduldigster Resultate, Erfolge — zu behaupten wagen: Organisieren habe keinen Zweck? Von denkenden, rechnungsfähigen Arbeitern sollte man jedenfalls derartige Redensarten nicht erwarten.

Organisieren!

Für die Unternehmer ist Organisation etwas Selbstverständliches. Schon frühzeitig gründen die Grundbesitzer Vereine „für wirtschaftliche Interessen“. Zur „Wahrung der wirtschaftlichen Interessen“ wurden auch die Mitglieder dieser Vereine gezwungen, sich an die getroffenen Vereinbarungen zu halten. 1881 übertraten 20 Zechen die Vereinbarung, wofür sie 185 252 Mk. an Strafe bezahlten, heißt es u. a. in einem Bericht des Bergbauvereins zu Essen. Also, wo das gewerkschaftliche Solidaritätsgefühl der Unternehmer nicht ausreichte, mußten Strafparagrafen solche erzwingen. Trotzdem sind es heute dieselben Unternehmerkreise, die in marxistischer Weise von einer Vergewaltigung der unorganisierten Arbeiter durch die Gewerkschaften sprechen und den Organisationswillen der Arbeiter in jeder Art hemmen wollen.

Organisationen? Was sagt die Wissenschaft dazu, d. h. was kann sie dazu sagen? Sie kann feststellen, daß wir heute infolge zahlreicher Kartelle und Trusts im Zeitalter der Wirtschaftsorganisationen leben, daß jeder Käufer und Verkäufer, jeder Beruf und Stand nach wirtschaftlichen und beruflichen Interessen organisiert ist.

Wenn die siebenhunderttausend Bergarbeiter in Deutschland ihr Lebensschicksal nicht von einer kleinen Zahl von Kapitalbesitzern willkürlich diktieren lassen wollen, dann brauchen sie ebenfalls eine Organisation, die ihre Interessen vertritt. Jeder vernünftige Bergarbeiter muß deshalb das Organisationsprinzip anerkennen, ohne den Organisationsbeitrag zu scheuen. Oder gibt es außer dieser Betrachtung noch stichhaltige Belege, die gegen eine gewerkschaftliche Organisation sprechen? Nein! Es gibt nur Leute, die scheinbar mit großer Entrüstung vom „Verrat der Gewerkschaften“ und abfällig über die „Führer“ sprechen. Die einzigen Beweise für diese Behauptungen nehmen diese Leute aus Zeitungen, politischen Zeitschriften, die noch nie ein anerkanntes Wort für die Gewerkschaften gefunden haben, d. h. grundsätzlich Gegner der Gewerkschaftsarbeit sind. Arbeiter, die das praktische Gewerkschaftsleben und den Aufbau einer Organisation kennen, lassen sich durch die erwähnten Argumente — die übrigens so alt wie die Gewerkschaften sind — nicht irreführen.

Wer deshalb als Arbeiter den ehrlichen Willen hat, für eine bessere wirtschaftliche und kulturelle Lage seines Standes und seiner Klasse zu sorgen, kann nur als organisationsstreuer Arbeiter leben und muß dauerndes Mitglied einer Gewerkschaft bleiben.

herausragend bewährt bei:

Togal
Tabletten

Rheuma,
Sicht,
Ischias,
Influenza u. a. Erkältungskrankheiten.

Nerven- und
Kopfschmerzen,
Grippe,

Dr. notariell beglaubigt sind innerhalb 6 Monaten mehr als 1500 Patienten allein aus Krankenhäusern eingegangen, darunter von berühmten Professoren und aus ersten Kliniken. — Togal mildet die Schmerzen und hebt die Spannkraft aus. Keine schädlichen Nebenwirkungen. Fragen Sie Ihren Arzt! In allen Apotheken. Preis 1/2 Mk. 12,6 Lth. 0,46 Chlolin 71,5 Acid. acet. ad. 100 Amyl.

Süngerländer haben bewiesen, daß es möglich ist, sehr lange Zeit ohne jede Nahrung auszukommen. Nahrung und Schlaf sind bekanntlich die beiden Hauptfaktoren im Haushalt des menschlichen Körpers, und man sollte nun meinen, daß es ebenso möglich wäre, den Schlaf lange zu entbehren. Dieses ist nicht der Fall. Der Mensch würde bestimmt schon nach wenigen Tagen vollständig zusammenbrechen, ein Beweis dafür, daß der Schlaf für die Erhaltung der Kraft doch noch wichtiger ist als das Essen. Die erste Vorbedingung für guten Schlaf ist aber zweifellos ein gutes Bett. Wollen Sie gut schlafen, wollen Sie also Ihre Kraft und damit

Ihre Lebensfreude und Arbeitsfähigkeit erhalten, so geben Sie bei der Auswahl Ihres Bettes sorgfältig zu Werke. Kaufen Sie Ihr Bett im größten Spezialhaus der Branche. Die Firma Gustav Luftig, Berlin 1, Prinzenstr. 46, Ecke Sebastiansstr., ist infolge 11-jähriger Erfahrung in der Lage, Ihnen nachgemessene Bedienung bei größter Auswahl und günstigsten Preisen zu bieten. Hauptpreisliste auf Verlangen umsonst und portofrei.

Kameraden, agitiert für den Verband

Von Schlaflosigkeit und Nervenleiden befreit und wieder wie neugeboren!

Öffentliche Dankschreiben:

Teile Ihnen hochachtungsvoll mit, daß meine Frau mit Ihrem **Verbaria-Nerventee** sehr zufrieden ist. Es wird von Tag zu Tag besser, und seit sie den Tee trinkt, hat sie die früheren Anfälle nie wieder bekommen, und auch alle anderen Schmerzen sind verschwunden. Schreiben Sie bitte nochmals drei Pakete.
gez.: M. Straucher.

Wotscham, Post Unterfochung (Bay.), 12. 2. 23.
Erlaube mir postwendende Zusendung von 3 Paketen Ihres **Verbaria-Nerventees**, wie schon zweimal gehabt. Derselbe hat mir jetzt ausgezeichnete Dienste getan.
Litzing, 6. 8. 23.
gez.: Wotinspektor Jahrenholz.

Seitdem ich Ihren blutstärkenden **Verbaria-Nerventee** trinke, bin ich ein ganz anderer Mensch geworden. Ich war früher sehr herunter mit meinen Nerven, immer so schwindelig, daß ich mich nicht aus dem Hause getraute. Nun ist alles wieder behoben und ich bin wieder so gesund wie früher, aber ich will die Kur noch länger fortsetzen und bitte Sie, mir umgehend noch 2 Pakete

Verbaria-Nerventee zu senden. Diese Heilen können Sie in Ihrem Dankschreiben veröffentlichen.
Lüneburg, Gartenstraße 49 (bei Meyer), 13. 10. 21.
Einige Tausend ähnliche Dankschreiben sind uns ohne unter Zutun völlig freiwillig innerhalb 1 Jahren zugefandt worden, die wir aber der hohen Kosten wegen unmöglich alle abdrucken lassen können.
Diese wenigen Dankschreiben beweisen aber schon genügend, daß unser **blutstärkender Verbaria-Nerventee** Nervosität, Nervenschwäche, Aufgeregtheit, Schlaflosigkeit, Angstzustände, Gliederschmerzen, Nervenschmerzen, Gesicht- und Gliedererkrankungen, Migräne, Kopfschmerzen, Gedächtnisschwäche, Schwindelanfälle, üble Launen, Herzklappen, nervöse Herz- und Magen-schwäche hervorragend günstig beeinflusst und ein erstklassiges Nerven-Stärkung- und Beruhigungs-Getränk ist, welches jeder Nerventrunk, jeder geistig und körperlich Ueberangelegene zur Stärkung, Beruhigung und Wiederaufrichtung seiner geschwächten

Nerven an Stelle sonstiger Morgen- und Abendgetränke trinken sollte. Er besitzt einen hohen Gehalt an Spannkraft und Energie ausbleibenden Stoffen und wirkt ohne künstliche Reizung direkt umstimmend. Er hebt den allgemeinen Stoffwechsel, wodurch die Nerven mehr Nahrung finden, kräftigt das Blut, das Herz und den Allgemeinzustand, setzt die Erregbarkeit des Gehirns und des Rückenmarks herab, befähigt das Gehirn zu erhöhter Leistung und leistet alles, welche anstrengende geistige und körperliche Arbeiten verrichten müssen, sich aber abgepaunt, müde und arbeitsunfähig fühlen, unschätzbare Dienste. Seine vielen guten Eigenschaften verdankt dieser Tee dem glücklichen Mischungsverhältnis der bewährtesten nervenstärkenden und beruhigenden Kräuter. Jeder Nervenleidende, welcher wieder gesund, frisch, leistungsfähig und jung werden will, nehme zu diesem Tee seine Zuflucht! Probieren Sie gratis. Paket 3 Mk., bei 3 Paketen Vereinfachung oder Nachnahme des Betrages.
Kleinerer Hersteller:
Verbaria-Kräuterparadies, Philippsburg N 101 (Baden).

MAGGI'S
Fleischbrühwürfel

geben —
in kochendem Wasser
aufgelöst — vorzügliche
Fleischbrühe; sie ersparen
das Auskochen von teurem
Suppenfleisch.

4 Pfg. MAGGI'S
Fleischbrühwürfel

GEG-KAUTABAK Die Marke der organisierten Verbraucher! Billig, schmackhaft und gut.

GEWERKSCHAFTER, fordert nur **GEG-KAUTABAK** in eurem **KONSUMVEREIN**

Anzüge

Sportanzüge, Straßenanzüge, Abendanzüge, Herren-Mäntel, Lodenmäntel, Gummimäntel, Herbst- u. Wintermäntel, Windjacken, Damen-Mäntel, sowie Herren- und Damen-Schuhe und Stiefel liefern wir nach **5 Tage zur Probe** Rücksendungsgarantie bei Nichtgefallen, um Gelegenheit zu geben, unbeschadet der Güte u. Preiswürdigkeit eingehend zu prüfen bei ansonsten Anzahlung gegen bequeme Wochenzahlungen von nur 2,- Mk. an. Verarbeitet von ersten Kräften, sind uns Modelle tadelloser in Sitz u. Passform. Verlangen Sie sofort illustriertes Prospekt mit Preisliste gratis und frei. **Walter H. Gartz, Berlin S 42, Postfach** In Berlin erbittet wir Besuch Alexandrinenstr. 97 von 8-7 824 B

Bettfedern aus erster Hand!
Bld. grau 60 Pf., gef. 60 Pf., Kupf. 1,75, Halbdaunen 2,75, 4,00, weiß 3,00, 4,00, 5,00
Daunen 7,00, weiß 10,00, 2. Hühnerdaunen 3,50-5,00, Oberbett, la. dicht, Jute, 8 Pf., 12,00, 14,00, 16,00, 18,00, 20,00, 22,00, 24,00, 26,00, 28,00, 30,00, 32,00, 34,00, 36,00, 38,00, 40,00, 42,00, 44,00, 46,00, 48,00, 50,00, 52,00, 54,00, 56,00, 58,00, 60,00, 62,00, 64,00, 66,00, 68,00, 70,00, 72,00, 74,00, 76,00, 78,00, 80,00, 82,00, 84,00, 86,00, 88,00, 90,00, 92,00, 94,00, 96,00, 98,00, 100,00, 102,00, 104,00, 106,00, 108,00, 110,00, 112,00, 114,00, 116,00, 118,00, 120,00, 122,00, 124,00, 126,00, 128,00, 130,00, 132,00, 134,00, 136,00, 138,00, 140,00, 142,00, 144,00, 146,00, 148,00, 150,00, 152,00, 154,00, 156,00, 158,00, 160,00, 162,00, 164,00, 166,00, 168,00, 170,00, 172,00, 174,00, 176,00, 178,00, 180,00, 182,00, 184,00, 186,00, 188,00, 190,00, 192,00, 194,00, 196,00, 198,00, 200,00, 202,00, 204,00, 206,00, 208,00, 210,00, 212,00, 214,00, 216,00, 218,00, 220,00, 222,00, 224,00, 226,00, 228,00, 230,00, 232,00, 234,00, 236,00, 238,00, 240,00, 242,00, 244,00, 246,00, 248,00, 250,00, 252,00, 254,00, 256,00, 258,00, 260,00, 262,00, 264,00, 266,00, 268,00, 270,00, 272,00, 274,00, 276,00, 278,00, 280,00, 282,00, 284,00, 286,00, 288,00, 290,00, 292,00, 294,00, 296,00, 298,00, 300,00, 302,00, 304,00, 306,00, 308,00, 310,00, 312,00, 314,00, 316,00, 318,00, 320,00, 322,00, 324,00, 326,00, 328,00, 330,00, 332,00, 334,00, 336,00, 338,00, 340,00, 342,00, 344,00, 346,00, 348,00, 350,00, 352,00, 354,00, 356,00, 358,00, 360,00, 362,00, 364,00, 366,00, 368,00, 370,00, 372,00, 374,00, 376,00, 378,00, 380,00, 382,00, 384,00, 386,00, 388,00, 390,00, 392,00, 394,00, 396,00, 398,00, 400,00, 402,00, 404,00, 406,00, 408,00, 410,00, 412,00, 414,00, 416,00, 418,00, 420,00, 422,00, 424,00, 426,00, 428,00, 430,00, 432,00, 434,00, 436,00, 438,00, 440,00, 442,00, 444,00, 446,00, 448,00, 450,00, 452,00, 454,00, 456,00, 458,00, 460,00, 462,00, 464,00, 466,00, 468,00, 470,00, 472,00, 474,00, 476,00, 478,00, 480,00, 482,00, 484,00, 486,00, 488,00, 490,00, 492,00, 494,00, 496,00, 498,00, 500,00, 502,00, 504,00, 506,00, 508,00, 510,00, 512,00, 514,00, 516,00, 518,00, 520,00, 522,00, 524,00, 526,00, 528,00, 530,00, 532,00, 534,00, 536,00, 538,00, 540,00, 542,00, 544,00, 546,00, 548,00, 550,00, 552,00, 554,00, 556,00, 558,00, 560,00, 562,00, 564,00, 566,00, 568,00, 570,00, 572,00, 574,00, 576,00, 578,00, 580,00, 582,00, 584,00, 586,00, 588,00, 590,00, 592,00, 594,00, 596,00, 598,00, 600,00, 602,00, 604,00, 606,00, 608,00, 610,00, 612,00, 614,00, 616,00, 618,00, 620,00, 622,00, 624,00, 626,00, 628,00, 630,00, 632,00, 634,00, 636,00, 638,00, 640,00, 642,00, 644,00, 646,00, 648,00, 650,00, 652,00, 654,00, 656,00, 658,00, 660,00, 662,00, 664,00, 666,00, 668,00, 670,00, 672,00, 674,00, 676,00, 678,00, 680,00, 682,00, 684,00, 686,00, 688,00, 690,00, 692,00, 694,00, 696,00, 698,00, 700,00, 702,00, 704,00, 706,00, 708,00, 710,00, 712,00, 714,00, 716,00, 718,00, 720,00, 722,00, 724,00, 726,00, 728,00, 730,00, 732,00, 734,00, 736,00, 738,00, 740,00, 742,00, 744,00, 746,00, 748,00, 750,00, 752,00, 754,00, 756,00, 758,00, 760,00, 762,00, 764,00, 766,00, 768,00, 770,00, 772,00, 774,00, 776,00, 778,00, 780,00, 782,00, 784,00, 786,00, 788,00, 790,00, 792,00, 794,00, 796,00, 798,00, 800,00, 802,00, 804,00, 806,00, 808,00, 810,00, 812,00, 814,00, 816,00, 818,00, 820,00, 822,00, 824,00, 826,00, 828,00, 830,00, 832,00, 834,00, 836,00, 838,00, 840,00, 842,00, 844,00, 846,00, 848,00, 850,00, 852,00, 854,00, 856,00, 858,00, 860,00, 862,00, 864,00, 866,00, 868,00, 870,00, 872,00, 874,00, 876,00, 878,00, 880,00, 882,00, 884,00, 886,00, 888,00, 890,00, 892,00, 894,00, 896,00, 898,00, 900,00, 902,00, 904,00, 906,00, 908,00, 910,00, 912,00, 914,00, 916,00, 918,00, 920,00, 922,00, 924,00, 926,00, 928,00, 930,00, 932,00, 934,00, 936,00, 938,00, 940,00, 942,00, 944,00, 946,00, 948,00, 950,00, 952,00, 954,00, 956,00, 958,00, 960,00, 962,00, 964,00, 966,00, 968,00, 970,00, 972,00, 974,00, 976,00, 978,00, 980,00, 982,00, 984,00, 986,00, 988,00, 990,00, 992,00, 994,00, 996,00, 998,00, 1000,00, 1002,00, 1004,00, 1006,00, 1008,00, 1010,00, 1012,00, 1014,00, 1016,00, 1018,00, 1020,00, 1022,00, 1024,00, 1026,00, 1028,00, 1030,00, 1032,00, 1034,00, 1036,00, 1038,00, 1040,00, 1042,00, 1044,00, 1046,00, 1048,00, 1050,00, 1052,00, 1054,00, 1056,00, 1058,00, 1060,00, 1062,00, 1064,00, 1066,00, 1068,00, 1070,00, 1072,00, 1074,00, 1076,00, 1078,00, 1080,00, 1082,00, 1084,00, 1086,00, 1088,00, 1090,00, 1092,00, 1094,00, 1096,00, 1098,00, 1100,00, 1102,00, 1104,00, 1106,00, 1108,00, 1110,00, 1112,00, 1114,00, 1116,00, 1118,00, 1120,00, 1122,00, 1124,00, 1126,00, 1128,00, 1130,00, 1132,00, 1134,00, 1136,00, 1138,00, 1140,00, 1142,00, 1144,00, 1146,00, 1148,00, 1150,00, 1152,00, 1154,00, 1156,00, 1158,00, 1160,00, 1162,00, 1164,00, 1166,00, 1168,00, 1170,00, 1172,00, 1174,00, 1176,00, 1178,00, 1180,00, 1182,00, 1184,00, 1186,00, 1188,00, 1190,00, 1192,00, 1194,00, 1196,00, 1198,00, 1200,00, 1202,00, 1204,00, 1206,00, 1208,00, 1210,00, 1212,00, 1214,00, 1216,00, 1218,00, 1220,00, 1222,00, 1224,00, 1226,00, 1228,00, 1230,00, 1232,00, 1234,00, 1236,00, 1238,00, 1240,00, 1242,00, 1244,00, 1246,00, 1248,00, 1250,00, 1252,00, 1254,00, 1256,00, 1258,00, 1260,00, 1262,00, 1264,00, 1266,00, 1268,00, 1270,00, 1272,00, 1274,00, 1276,00, 1278,00, 1280,00, 1282,00, 1284,00, 1286,00, 1288,00, 1290,00, 1292,00, 1294,00, 1296,00, 1298,00, 1300,00, 1302,00, 1304,00, 1306,00, 1308,00, 1310,00, 1312,00, 1314,00, 1316,00, 1318,00, 1320,00, 1322,00, 1324,00, 1326,00, 1328,00, 1330,00, 1332,00, 1334,00, 1336,00, 1338,00, 1340,00, 1342,00, 1344,00, 1346,00, 1348,00, 1350,00, 1352,00, 1354,00, 1356,00, 1358,00, 1360,00, 1362,00, 1364,00, 1366,00, 1368,00, 1370,00, 1372,00, 1374,00, 1376,00, 1378,00, 1380,00, 1382,00, 1384,00, 1386,00, 1388,00, 1390,00, 1392,00, 1394,00, 1396,00, 1398,00, 1400,00, 1402,00, 1404,00, 1406,00, 1408,00, 1410,00, 1412,00, 1414,00, 1416,00, 1418,00, 1420,00, 1422,00, 1424,00, 1426,00, 1428,00, 1430,00, 1432,00, 1434,00, 1436,00, 1438,00, 1440,00, 1442,00, 1444,00, 1446,00, 1448,00, 1450,00, 1452,00, 1454,00, 1456,00, 1458,00, 1460,00, 1462,00, 1464,00, 1466,00, 1468,00, 1470,00, 1472,00, 1474,00, 1476,00, 1478,00, 1480,00, 1482,00, 1484,00, 1486,00, 1488,00, 1490,00, 1492,00, 1494,00, 1496,00, 1498,00, 1500,00, 1502,00, 1504,00, 1506,00, 1508,00, 1510,00, 1512,00, 1514,00, 1516,00, 1518,00, 1520,00, 1522,00, 1524,00, 1526,00, 1528,00, 1530,00, 1532,00, 1534,00, 1536,00, 1538,00, 1540,00, 1542,00, 1544,00, 1546,00, 1548,00, 1550,00, 1552,00, 1554,00, 1556,00, 1558,00, 1560,00, 1562,00, 1564,00, 1566,00, 1568,00, 1570,00, 1572,00, 1574,00, 1576,00, 1578,00, 1580,00, 1582,00, 1584,00, 1586,00, 1588,00, 1590,00, 1592,00, 1594,00, 1596,00, 1598,00, 1600,00, 1602,00, 1604,00, 1606,00, 1608,00, 1610,00, 1612,00, 1614,00, 1616,00, 1618,00, 1620,00, 1622,00, 1624,00, 1626,00, 1628,00, 1630,00, 1632,00, 1634,00, 1636,00, 1638,00, 1640,00, 1642,00, 1644,00, 1646,00, 1648,00, 1650,00, 1652,00, 1654,00, 1656,00, 1658,00, 1660,00, 1662,00, 1664,00, 1666,00, 1668,00, 1670,00, 1672,00, 1674,00, 1676,00, 1678,00, 1680,00, 1682,00, 1684,00, 1686,00, 1688,00, 1690,00, 1692,00, 1694,00, 1696,00, 1698,00, 1700,00, 1702,00, 1704,00, 1706,00, 1708,00, 1710,00, 1712,00, 1714,00, 1716,00, 1718,00, 1720,00, 1722,00, 1724,00, 1726,00, 1728,00, 1730,00, 1732,00, 1734,00, 1736,00, 1738,00, 1740,00, 1742,00, 1744,00, 1746,00, 1748,00, 1750,00, 1752,00, 1754,00, 1756,00, 1758,00, 1760,00, 1762,00, 1764,00, 1766,00, 1768,00, 1770,00, 1772,00, 1774,00, 1776,00, 1778,00, 1780,00, 1782,00, 1784,00, 1786,00, 1788,00, 1790,00, 1792,00, 1794,00, 1796,00, 1798,00, 1800,00, 1802,00, 1804,00, 1806,00, 1808,00, 1810,00, 1812,00, 1814,00, 1816,00, 1818,00, 1820,00, 1822,00, 1824,00, 1826,00, 1828,00, 1830,00, 1832,00, 1834,00, 1836,00, 1838,00, 1840,00, 1842,00, 1844,00, 1846,00, 1848,00, 1850,00, 1852,00, 1854,00, 1856,00, 1858,00, 1860,00, 1862,00, 1864,00, 1866,00, 1868,00, 1870,00, 1872,00, 1874,00, 1876,00, 1878,00, 1880,00, 1882,00, 1884,00, 1886,00, 1888,00, 1890,00, 1892,00, 1894,00, 1896,00, 1898,00, 1900,00, 1902,00, 1904,00, 1906,00, 1908,00, 1910,00, 1912,00, 1914,00, 1916,00, 1918,00, 1920,00, 1922,00, 1924,00, 1926,00, 1928,00, 1930,00, 1932,00, 1934,00, 1936,00, 1938,00, 1940,00, 1942,00, 1944,00, 1946,00, 1948,00, 1950,00, 1952,00, 1954,00, 1956,00, 1958,00, 1960,00, 1962,00, 1964,00, 1966,00, 1968,00, 1970,00, 1972,00, 1974,00, 1976,00, 1978,00, 1980,00, 1982,00, 1984,00, 1986,00, 1988,00, 1990,00, 1992,00, 1994,00, 1996,00, 1998,00, 2000,00, 2002,00, 2004,00, 2006,00, 2008,00, 2010,00, 2012,00, 2014,00, 2016,00, 2018,00, 2020,00, 2022,00, 2024,00, 2026,00, 2028,00, 2030,00, 2032,00, 2034,00, 2036,00, 2038,00, 2040,00, 2042,00, 2044,00, 2046,00, 2048,00, 2050,00, 2052,00, 2054,00, 2056,00, 2058,00, 2060,00, 2062,00, 2064,00, 2066,00, 2068,00, 2070,00, 2072,00, 2074,00, 2076,00, 2078,00, 2080,00, 2082,00, 2084,00, 2086,00, 2088,00, 2090,00, 2092,00, 2094,00, 2096,00, 2098,00, 2100,00, 2102,00, 2104,00, 2106,00, 2108,00, 2110,00, 2112,00, 2114,00, 2116,00, 2118,00, 2120,00, 2122,00, 2124,00, 2126,00, 2128,00, 2130,00, 2132,00, 2134,00, 2136,00, 2138,00, 2140,00, 2142,00, 2144,00, 2146,00, 2148,00, 2150,00, 2152,00, 2154,00, 2156,00, 2158,00, 2160,00, 2162,00, 2164,00, 2166,00, 2168,00, 2170,00, 2172,00, 2174,00, 2176,00, 2178,00, 2180,00, 2182,00, 2184,00, 2186,00, 2188,00, 2190,00, 2192,00, 2194,00, 2196,00, 2198,00, 2200,00, 2202,00, 2204,00, 2206,00, 2208,00, 2210,00, 2212,00, 2214,00, 2216,00, 2218,00, 2220,00, 2222,00, 2224,00, 2226,00, 2228,00, 2230,00, 2232,00, 2234,00, 2236,00, 2238,00, 2240,00, 2242,00, 2244,00, 2246,00, 2248,00, 2250,00, 2252,00, 2254,00, 2256,00, 2258,00, 2260,00, 2262,00, 2264,00, 2266,00, 2268,00, 2270,00, 2272,00, 2274,00, 2276,00, 2278,00, 2280,00, 2282,00, 2284,00, 2286,00, 2288,00, 2290,00, 2292,00, 2294,00, 2296,00, 2298,00, 2300,00, 2302,00, 2304,00, 2306,00, 2308,00, 2310,00, 2312,00, 2314,00, 2316,00, 2318,00, 2320,00, 2322,00, 2324,00, 2326,00, 2328,00, 2330,00, 2332,00, 2334,00, 2336,00, 2338,00, 2340,00, 2342,00, 2344,00, 2346,00, 2348,00, 2350,00

